

Bericht zur Sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg



Zusammenfassung der Ergebnisse

Impressum

Herausgeber	Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg Familienförderung
Verfasser/-innen	Rita Weirich, Jugendhilfeplanerin (verantwortlich) <u>in Zusammenarbeit mit</u> Gitta Brunner, Jugendhilfeplanung Sabine Müller, Familienförderung Isabelle Speich, Honorarkraft Anne Stärker, Familienförderung Otto Weber, Leiter Hauptabteilung Familie und Soziales
Bestelladresse	Servicestelle der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg Jägertorstraße 207 64289 Darmstadt
	Telefon 06151-881-1013 E-Mail service@ladadi.de

Zusammenfassung

Bericht zur Sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Inhaltsverzeichnis

1	Gesellschaftliche Rahmenbedingungen.....	1
2	Ökonomische Rahmenbedingungen.....	3
3	Einkommen als zentraler Maßstab von Armut.....	5
4	Soziale Sicherungsleistungen.....	10
5	Reichtum	18
6	Erwerbsbeteiligung und Erwerbslosigkeit.....	22
7	Bildung	26
8	Wohnen.....	30
9	Gesundheitliche Lage.....	31
	Resümee.....	40

1 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Demografische Entwicklung

Kennzeichnend für die demografische Entwicklung des Landkreises werden in den kommenden Jahren der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung sein.

Bevölkerungsentwicklung

- Die Vorausberechnungen der 11. koordinierten Bevölkerungsentwicklung prognostizieren einen Rückgang der Bevölkerung im Kreisgebiet bis 2050 um 8%.

Verhältnis von Jung und Alt

- Die Relationen zwischen den Generationen werden sich stark verändern. Werden als Altersmaße der Jugend- und der Altenquotient herangezogen, so sinkt ersterer von 33,7 im Jahr 2000 auf 28,4 im Jahr 2050, während letzterer im gleichen Zeitraum sehr stark ansteigt und zwar von 22,5 auf 61,3.
- Nach der Vorausberechnung kommen im Jahr 2050 auf 100 Personen nur noch 10,3 Personen im erwerbsfähigen Alter.

Die Lebenserwartung

- In Deutschland hat sich die Lebenserwartung in den letzten 100 Jahren verdoppelt. Im Kreisgebiet liegt die Lebenserwartung über dem Bundesdurchschnitt. Sie beträgt bei Geburt im Jahr 2006 bei Männern inzwischen 78,6 und bei Frauen 83,2 Jahre (Deutschland: 76,4 bei Männern und 82,1 bei Frauen).
- Auch in Zukunft wird von einem weiteren Lebenserwartungsgewinn ausgegangen, wobei der Trend zur Annäherung der Lebenserwartungen von Männern und Frauen weiterhin anhält.

Wandel der Altersstruktur

- Die Überalterung der Bevölkerung, als die zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte, hat Auswirkung auf die Organisation der Arbeitswelt, die soziale Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme.

Veränderung der Haushaltsstruktur

- In Folge des demografischen Wandels verändert sich auch die Größenstruktur der Haushalte. Der Trend zu kleineren Haushalten ist bundesweit weiter zu beobachten.
- Betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße im Kreisgebiet 1996 noch 2,4, so sank dieser Wert auf 2,1 im Jahr 2008. Dies liegt vor allem am hohen Anteil der Ein-Personen-Haushalte, der im Kreisgebiet in den letzten vier Jahren 34,1% beträgt.

Familien mit Kindern

- Zu Jahresbeginn 2008 waren von den 127.339 Privathaushalten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 34,1% Ein-Personen-Haushalte, 33,8% Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder und 32,3% Mehrpersonen-Haushalte mit Kindern. Damit haben die Lebensformen der Haushalte ohne Kinder einen Anteil von 67,7%.
- Der Anteil der ausländischen Haushalte an allen Haushalten im Kreisgebiet ist rückläufig. 2004 betrug der Anteil 9,7% und 2008 lag er bei 8,7%.

- Im Kreisgebiet leben immer weniger Familien mit Kindern. Von 2006 bis 2008 hat sich die Zahl der Familienverbände mit Kindern (-8,1%) deutlich verringert und die Zahl der Familienverbände ohne Kinder (+3,8%) zugenommen.
- Der größte Teil der Kinder im Kreisgebiet wächst nach wie vor bei verheirateten Eltern auf. So stieg der Anteil der minderjährigen Kinder und Jugendlichen, die bei ihren verheirateten Eltern leben von 78% im Jahr 2006 auf 79,2% im Jahr 2008.
- Die Zahl der Alleinstehenden mit Kindern ist rückläufig. Die Gruppe der Alleinerziehenden im Kreisgebiet besteht zum überwiegenden Teil (42,3%) aus geschiedenen Müttern und Vätern. Der Anteil der ledigen Alleinerziehenden verringerte sich von 33,4% im Jahr 2006 auf 29,6% in 2008.

Eheschließungen

- Die Quote der Eheschließungen je 1000 Einwohner/-innen zeigt im Kreisgebiet einen Rückgang von 5,11 im Jahr 1996 auf 4,24 im Jahr 2007.
- Ein Vergleich mit Hessen und Deutschland zeigt, dass im Landkreis Darmstadt-Dieburg weniger Ehen geschlossen werden.

Ehescheidungen

- Im Jahr 2007 wurden im Kreisgebiet insgesamt 856 Ehen geschieden. Wie ein Vergleich mit Deutschland und Hessen zeigt, lassen sich Ehepaare im Landkreis Darmstadt-Dieburg deutlich häufiger scheiden.
- 2007 wurden die meisten Scheidungen (31%) nach einer Ehedauer von 5 bis 10 Jahren durchgeführt.
- Von 1996 bis 2007 stieg die Ehescheidungsquote im Landkreis von 2,31 auf 2,96 je 1000 Einwohner/innen.
- Im Zeitraum von 2000 bis 2007 konnte im Landkreis Darmstadt-Dieburg der höchste Anstieg (56,9%) bei den Scheidungen nach einer Ehedauer von 20 bis 25 Jahren festgestellt werden. In Hessen war die höchste Zunahme (+34,2%) bei den Scheidungen mit einer Ehedauer von 15 bis 19 Jahren zu verzeichnen.
- Der Anteil der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder und Jugendlichen im Kreisgebiet stieg von 495 im Jahr 2000 auf 684 im Jahr 2007. Das entspricht einer Zunahme um 38,2%. Im gleichen Zeitraum weist Hessen eine Steigerung um 14,9% auf.

Überwiegender Lebensunterhalt

- 2008 bestritten 42,4% der Bevölkerung in der Regionaleinheit 4 (Landkreis Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis) und in Hessen ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit. 29,2% (Hessen 28,9%) bezogen Rente oder Pensionen und 28,5% (28,6%) sicherten ihren Lebensunterhalt durch Einkünfte von Angehörigen.
- Die Entwicklung zeigt, dass der Anteil der Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit sichert, in den letzten Jahren leicht abgenommen hat. Verantwortlich dafür ist, neben der Verlängerung der Ausbildungszeit, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Tendenz zur Frühverrentung.

- Während in Hessen die Entwicklung der Bevölkerung von 1994 bis 2008 einen Anstieg von 1,7% aufweist, nahm die Zahl derer, die ihren Unterhalt überwiegend durch Erwerbsarbeit sichern, nur um 0,8% zunahm. In der Regionaleinheit der drei Landkreise ist diese Entwicklung noch deutlich ausgeprägter. Einem Zuwachs der Bevölkerung um 3,5% stand im gleichen Zeitraum eine Abnahme der überwiegend von Erwerbsarbeit lebenden Bevölkerung von 2,3% gegenüber.
- Im gleichen Zeitraum verringerte sich auch die Zahl der Menschen, die von den Einkünften der Angehörigen lebten. In Hessen sank die Anzahl um 11,9% und in der Regionaleinheit um 13,2%.
- Im Gegensatz dazu erhöhte sich über den gesamten Zeitraum die Zahl der Rentner/-innen und Pensionäre in der Regionaleinheit um 71,7% und in Hessen um 55,1%.

2 Ökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt

In den Jahren von 2005 bis 2007 profitierte der Landkreis Darmstadt-Dieburg von einem wirtschaftlichen Wachstum als solide Basis für eine insgesamt positive Einkommensentwicklung. Kennzeichnend dafür waren:

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

- Die Wirtschaft in Hessen und im Landkreis Darmstadt-Dieburg, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, verzeichnete 2007 deutliche Steigerungen gegenüber den Vorjahren.

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche

- In den letzten vier Jahren waren im Kreisgebiet nur geringfügige Veränderungen zu verzeichnen. Profitiert hat vor allem der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Verbraucherpreisindex

- Im Jahr 2007 beschleunigte sich der Preisanstieg in Hessen. Der Verbraucherpreisindex war 2007 um 2,2% höher als im Vorjahr.

Unternehmensinsolvenzen

- Die Zahl der Insolvenzen im Kreisgebiet verringerte sich von 1999 bis 2006 um 16,8%. In Hessen erreichte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2006 den niedrigsten Stand seit 1995.

Einkommensentwicklung

- Bis 2007 ist eine durchschnittlich positive Einkommensentwicklung bei zunehmender Bedeutung von Kapitaleinkünften festzustellen.

Renten

- Obwohl die Renten im Regierungsbezirk Darmstadt mit durchschnittlich 727,64 Euro über dem hessischen und dem bundesdeutschen Mittelwert liegen, sind sie unterhalb der Armutsrisikoschwelle anzusiedeln.

Kaufkraft

- Ausgehend von einer Kaufkraft von 21.100 Euro je Einwohner/-in im Jahr 2008 im Kreisgebiet verfügten die Einwohner/-innen der Kommunen Seeheim-Jugenheim, Alsbach-Hähnlein und Mühlthal über die höchste und Schaafheim und Fischbachtal über die niedrigste Kaufkraft.

Mietniveau

- Von 1993 bis 2006 ist das Mietniveau im Kreisgebiet von Mietstufe III auf Mietstufe IV und damit um 6,5% über dem Bundesdurchschnitt angestiegen.

Wohneigentum

- Mit einer Wohneigentumsquote von 51,6% liegt die Regionaleinheit mit den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, der Bergstraße und dem Odenwaldkreis über der durchschnittlichen hessischen Wohneigentumsquote von 41,6% und der bundesweiten von 43,0%.

Nettoeinkommen der privaten Haushalte

- Die Entwicklung der monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte zeigt bei den unteren und mittleren Einkommen einen leichten Rückgang und einen Anstieg bei einem höheren Nettoeinkommen ab 2.600 Euro und mehr.

Erwerbstätigkeit

- Die positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre drückt sich im Ergebnis auch bei der Erwerbstätigkeit aus. Sowohl die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort im Landkreis Darmstadt-Dieburg, als auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahmen weiter zu.

Erwerbsquote

- Im Kreisgebiet stieg die Erwerbsquote von 73,0% im Jahr 2005 auf 76,4% im Jahr 2008. Die Zunahme resultiert aus der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Berufspendler/-innen

- 2007 verzeichneten die Kreiskommunen bei den Pendlerströmen, mit Ausnahme von Dieburg, einen negativen Überhang, d.h. es pendelten mehr Beschäftigte zur Arbeit nach außerhalb, als Beschäftigte zur Arbeit einpendeln.

Arbeitsmarkt

- Auch auf dem Arbeitsmarkt ließ die gute konjunkturelle Entwicklung der letzten drei Jahre die Arbeitslosigkeit merklich sinken. Nach der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit sank die Arbeitslosenquote von 9,1 im Jahr 2005 auf 7,3 im Jahr 2007.

Ausblick

- In den kommenden Jahren werden die Auswirkungen der Finanzkrise und der tiefsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik zu einer nachlassenden wenn nicht gar rückläufigen Entwicklung der Wirtschaft führen. In Folge der extrem schlechten Ausgangslage ist zukünftig mit einer zunehmenden Belastung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Dies wird auch deutliche Auswirkungen auf die Sozialen Sicherungssysteme haben.

Betriebe in Kurzarbeit

- Von Januar 2008 bis März 2009 stieg die Zahl der Betriebe, die ihre Beschäftigten in Kurzarbeit schickten, um 133 Unternehmen. Das entspricht einer Zunahme um 141,5%.

Kurzarbeiter/-innen

- Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der gemeldeten Beschäftigten in Kurzarbeit um das 11,5-fache oder 1058%.

Öffentliche Haushalte

Haushalt der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg

- Der Landkreis verfügte 2007 über einen ausgeglichen Haushalt. Die Summe der ordentlichen Erträge überstieg die Summe der ordentlichen Aufwendungen.

Sozialausgaben

- Seit 2006 nahmen die Aufwendungen für den sozialen Bereich kontinuierlich zu.

Finanzkraft der Kreiskommunen

- Bezogen auf die Realsteueraufbringungskraft je Einwohner/-in waren die Kreiskommunen 2007 sehr heterogen. In Groß-Bieberau, Dieburg und Weiterstadt lag sie über und in Modautal, Otzberg, Münster und Fischbachtal unter dem Durchschnitt.

Schuldenstand der Kreiskommunen

- Bezogen auf den Schuldenstand je Einwohner/-in zeigten sich 2007 ebenfalls deutliche Unterschiede. Die niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldungen fanden sich in Alsbach-Hähnlein, Erzhausen und Messel, die höchsten in Modautal, Griesheim und Groß-Bieberau.

Steuer-Schulden-Verhältnis der Kreiskommunen

- Eine überdurchschnittlich gute Relation zeigte sich 2007 in Alsbach-Hähnlein, Roßdorf und Dieburg. Dagegen wiesen Modautal und Fischbachtal bei dieser Gegenüberstellung die höchste Verschuldung auf.

3 Einkommen als zentraler Maßstab von Armut

Relative Einkommensarmut

Einkommensarmut

- In diesem Sozialbericht wird Einkommensarmut als relative Armut definiert. Dabei wird Armut bzw. die Armutsgefährdung ins Verhältnis zur mittleren Einkommenssituation in der jeweiligen Region gesetzt. Ansatzpunkt der Ermittlung der Einkommenssituation ist das Haushaltsnettoeinkommen. Aus diesem wird das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen berechnet.

Armutsgefährdung

- Nach den EU-Kriterien gelten Menschen als armutsgefährdet, denen weniger als 60% des Medianes der Äquivalenzeinkommen (auf der Basis der neuen OECD-Skala) der jeweiligen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Diese relative Armutschwelle wird häufig auch als Armutsrisikogrenze oder Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet.

Armutsgefährdungsniveau

- 2006 waren nach den Ergebnissen der EU-SILC durchschnittlich 15% der deutschen Bevölkerung armutsgefährdet. Das Armutsgefährdungsniveau blieb 2007 unverändert. Vor Berücksichtigung von Sozialleistungen des Staates ergab sich 2006 eine Quote von 25% und 2007 eine von 24%.

Arbeitsarmut

- Nach Ergebnissen der Erhebung EU-SILC war 2006 und 2007 etwa jeder 15.te Erwerbstätige (7%) in Deutschland trotz Arbeit armutsgefährdet.

Bruttoeinkünfte im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Ausgehend von den Bruttoeinkünften hatten 2004 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 32,9% der Steuerpflichtigen Einkünfte unter 15.000 Euro, 45,7% 15.000 bis 50.000 Euro und 21,4% mehr als 50.000 Euro im Jahr zur Verfügung.

Bruttoeinkünfte in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Die Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkünften (50.000 Euro und mehr) fanden sich vor allem in den Kommunen des Westkreises. Die Steuerpflichtigen mit den niedrigsten zu versteuernden Einkommen (unter 15.000 Euro) fanden sich insbesondere in den Kommunen des Ostkreises.

Einkommensverteilung

- Die Betrachtung von Mittelwerten allein lässt noch keine Aussage darüber zu, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Nach Ergebnissen der EU-SILC 2006 hatten in Deutschland die einkommensstärksten 20% der Bevölkerung ein rund vier Mal (4,1) so hohes Einkommen wie die einkommensschwächsten der Bevölkerung. Im gleichen Jahr lebten nach Auswertungen des SOEP 11,4% der deutschen Bevölkerung in relativer Armut.
- Auch der Gini-Koeffizient beschreibt die Ungleichheit der Einkommensverteilung einer Gesellschaft. Bezogen auf die Äquivalenzeinkommen ist in Hessen der Gini-Koeffizient höher und damit die Ungleichheit größer als im Bundesgebiet.
- Auch die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland von 1985 bis 2007 zeigt anhand des Gini-Koeffizienten, dass sich die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet hat.

Erwerbstätigkeit und Armutsrisiko

- Ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit bietet nicht in jedem Fall Schutz vor Armut. Das Problem ist nicht auf Teilzeitarbeiter/-innen und geringfügig Beschäftigte begrenzt, sondern zunehmend reicht das Einkommen nicht aus, um vor Armut zu schützen. Das Armutsrisiko der Erwerbstätigen liegt in Hessen bei knapp 6%.

Niedriglohnbereich

- Seit 2005 ist bundesweit eine Zunahme des Niedriglohnssektors zu verzeichnen. Dabei wird ein Verdienst von weniger als zwei Dritteln des Medianes der Bruttolöhne aus unselbständiger Beschäftigung angesetzt. Nach dem Dritten Armutsbericht waren dies im Jahr 2005 bundesweit weniger als 13.393 Euro im Jahr.
- Insgesamt zählten damit 36,4% der Arbeitnehmer/-innen zu diesem Niedriglohnbereich. Davon waren 47,7% Frauen und 24,8% Männer. Im Jahr 2002 betrug der Anteil der Niedriglöhne insgesamt 35,5%.

Niedriglohnsektor im Kreis

- Wird rein rechnerisch ein Annäherungswert von 15.000 Euro Bruttoeinkünften im Jahr angenommen, so wären theoretisch 32,9% der Steuerpflichtigen im Kreisgebiet dem Niedriglohnsektor zuzuordnen.

Einkommensarmut im Kreisgebiet

- Bei einem Bruttojahresgehalt von 10.000 Euro und damit einem geschätzten Nettoeinkommen von bis zu 790 Euro im Monat hätten rein rechnerisch 26,4% der Steuerpflichtigen im Kreis ohne weitere Unterstützung ein Einkommen unterhalb und an der Armutsschwelle.

Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit, familiäre Unterstützung und Transferleistungen

Veränderung der Einkommen und Einnahmen der Privathaushalte

- Von 1998 bis 2003 sind die Anteile der hessischen Haushalte mit einem Bruttoeinkommen aus unselbständiger (-0,9%) und selbständiger Arbeit (-0,2%) sowie die mit Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (-2,4%) gesunken und die Anteile der Haushalte mit Einkommen aus öffentlichen (+2,7%) und nicht-öffentlichen (0,9%) Transferzahlungen gestiegen.

Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung

- Eine Unterscheidung der Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher/-innen zeigt deutlich, dass Beamte und Beamtinnen (noch vor den Selbständigen) über die höchsten und Arbeitslose (noch vor den Nichterwerbstätigen) über die niedrigsten Einkommen verfügen.

Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp

- Während Paare mit und ohne Kinder über überdurchschnittliche Haushaltseinkommen verfügen, weisen Alleinerziehende und Single-Haushalte unterdurchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen auf.

Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen

- 2003 betrug das durchschnittliche Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen in Hessen 884 Euro. Paare ohne Kinder erhielten mit 1.412 Euro das höchste und Alleinerziehende mit 503 Euro das niedrigste Einkommen. Dabei stellte die Gruppe „Paare ohne Kinder“ mit einem Anteil von 33,7% den höchsten Anteil der Empfänger/-innen vor den allein lebenden Frauen (32,1%) und den Alleinerziehenden (21,7%). Von den Paaren mit Kindern nahmen nur 10,4% öffentliche Transferleistungen in Anspruch.

Private Transferzahlungen

- 2003 erhielten 13,7% der Alleinerziehenden und 8,5% der allein lebenden Frauen private Transfereinkommen. Dabei erhielten Alleinerziehende mit durchschnittlich 318 Euro die höchsten Zahlungen und allein lebende Männer mit 151 Euro die niedrigsten.

Haushaltsnettoeinkommen und Armutsgefährdungsschwelle

Armutsgefährdungsschwelle und OECD-Skala

- EU-weit gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60% des Medianeinkommens erzielt. Bezugsgröße ist das bedarfsgewichtete NÄE privater Haushalte. Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der Familienmitglieder und der Alterszusammensetzung erfolgt eine Gewichtung anhand der neuen OECD-Skala.

Armutsgefährdungsschwelle nach EU-SILC

- Auf der Basis der EU-SILC von 2006 waren allein lebende Personen nach der EU-Definitionen dann armutsgefährdet, wenn sie im Jahr weniger als 9.370 Euro (781 Euro im Monat) zum Leben hatten. Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren galt bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von weniger als 19.677 Euro (1.640 Euro) als armutsgefährdet.

Haushaltsnettoeinkommen und Armutsgefährdung in der Regionaleinheit und in Hessen

- Nach Erhebungen des Mikrozensus verfügten 6,6% der Privathaushalte in der Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg über ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro. In Hessen waren es 10,6%. Bei diesem Personenkreis kann davon ausgegangen werden, dass sie ein erhöhtes Armutsrisiko tragen.

Privathaushalte nach Nettoeinkommen und Haushaltsgröße in Hessen

- Bei Mehrpersonenhaushalten kann davon ausgegangen werden, dass 2007 mindestens 6% bis 9% und bei Einpersonenhaushalten ca. 9,7% an der Armutsgrenze lebten. Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass bis zu 16% der weiblichen Alleinstehenden an der Armutsgefährdungsschwelle leben.

Haushaltsnettoeinkommen von Familien

- Nach Erhebungen des Mikrozensus lebten 2008 ca. 17% der Familien in Hessen an der Armutsgrenze.
- In Hessen und der Regionaleinheit zeigt die Entwicklung von 2006 bis 2008 einen positiven Verlauf. So kann ein Rückgang der Familien mit niedrigen Haushaltseinkommen (bis 2.600 Euro pro Monat) und ein Anstieg von Familien mit höherem und hohem Einkommen (2.600 Euro und mehr pro Monat) verzeichnet werden.

Haushaltsnettoeinkommen von Alleinerziehenden in Hessen

- Alleinerziehende tragen ein erhöhtes Armutsrisiko. Nach Erhebungen des Mikrozensus lebten 2008 zwischen 27,3% (monatliches Nettoeinkommen unter 1.500 Euro) und 37,4% (monatliches Nettoeinkommen unter 1.700 Euro) an der Armutsgrenze.

Armutsrisikoquoten

Armutsrisikoquote in Deutschland 2007

- Ausgehend von der bundesdeutschen Armutsgefährdungsquote von 14,3% liegt das Armutsrisiko, gemessen am Bundesmedian, in den neuen Bundesländern mit 19,5% höher als im früheren Bundesgebiet mit 12,9%.

Armutsrisikoquote in Hessen 2007

- Gemessen am Bundesmedian tragen die Hessen mit 12% ein niedrigeres, gemessen am Landesmedian mit 14,9% ein höheres Armutsrisiko.

Armutsrisikoquote in der Regionaleinheit 2007

- Nach Auswertungen des Mikrozensus beträgt das Armutsrisiko in der Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, gemessen am Bundesmedian, 10% und liegt so unter dem hessischen Durchschnitt.
- Ausgehend von der Bevölkerung im Kreisgebiet tragen ca. 28.929 Menschen im Landkreis ein Armutsrisiko.

Sozialstruktur der Einkommensarmut 2007 in Hessen

Alter und Geschlecht

- Frauen tragen ein höheres Armutsrisiko als Männer.
- Das höchste Armutsrisiko tragen jungen Menschen von 18 bis unter 25 Jahren. Im Bundesgebiet ist fast jeder vierte und in Hessen jeder fünfte junge Mensch dieser Altersgruppe betroffen. Mit zunehmendem Alter sinkt das Armutsrisiko, steigt aber wieder mit Erreichen des Rentenalters an.
- Daher ist hessenweit ein leichter Anstieg der Einkommensarmut bei Menschen mit 65 Jahren und älter zu verzeichnen. Davon betroffen sind vor allem Frauen.

Haushaltstyp

- Familien mit minderjährigen Kindern sind überdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen. Ein-Eltern-Familien tragen mit einem Anteil von über 33% das höchste Armutsrisiko, auch Paarhaushalte mit drei und mehr minderjährigen Kindern sind mit einem Anteil von über 20% einem sehr hohen Armutsrisiko ausgesetzt.

Erwerbsstatus

- Erwerbslose tragen mit einem Anteil von über 44,5% ein extrem hohes Armutsrisiko. Dagegen tragen erwerbstätige Personen mit knapp 6% nur ein sehr geringes Risiko. Von den erwerbstätigen Personen sind vor allem An- und Ungelernte (10,6%) armutsgefährdet.

Qualifikationsniveau

- Ein gewichtiger Armutsrisikofaktor ist die schulische und berufliche Qualifikation. Je niedriger die Qualifikation, des Haupteinkommensbeziehers, desto höher ist das Armutsrisiko.

Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

- Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit tragen in Hessen ein höheres Armutsrisiko (27,6%) als Personen mit Migrationshintergrund (23%).

Veränderung der Armutsrisikoquoten

Armutsrisikoquoten vor Familienleistungen und Sozialtransfers

- Familienleistungen und Sozialtransfers senken das Armutsrisiko von Familien mit Kindern deutlich ab. So betrug die Armutsrisikoquote 2003 für Haushalte mit Kindern 12%.
- Vor den Familienleistungen lag die Armutsrisikoquote aber bei 21% und vor Sozialtransfer bei 28%. Bei Haushalten von Alleinerziehenden konnte allein durch Familienleistungen eine Reduzierung um 15% erreicht werden. Alle Leistungen zusammen verringerten das Armutsrisiko dieser Gruppe um 40%.

Entwicklung der Armutsrisikoquoten von Familien

- Von 1998 bis 2003 hat sich gezeigt, dass das Armutsrisiko von Alleinerziehenden auf hohem Niveau (35,4%) gleich geblieben ist. Bei allen anderen Familienformen hat sich die Armutsgefährdungsquote erhöht.

4 Soziale Sicherungsleistungen

Soziale Mindestleistungen in Deutschland

- Ein Vergleich der Bundesländer 2006 zeigt, dass die Menschen in den Stadtstaaten (Berlin 20,1%) und den neuen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern 17,7%) verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen waren. Die niedrigsten Bezugsquoten waren in den südlichen Bundesländern, in Bayern (5,3%), in Baden-Württemberg (5,7%), in Rheinland-Pfalz (7,5%) und in Hessen (9,0%) festzustellen.

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Leistungen

- Die monatliche Leistung für eine Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II betrug im Dezember 2008 im Kreisgebiet durchschnittlich 841,30 Euro. Die Regelleistung des Arbeitslosengeldes II (ohne Unterkunft) betrug je Bedarfsgemeinschaft monatlich durchschnittlich 348,32 Euro und die Höhe des Sozialgeld 125,30 Euro.
- Bei der Leistungsberechnung wurde bei 64,0% der Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2008 eigenes Einkommen berücksichtigt.

Leistungsberechtigte im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Im Dezember 2008 betrug die Anzahl aller Leistungsempfänger/-innen nach SGB II im Landkreis 15.149 Personen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes 2008 entsprach dies einem Anteil von 6,7%. Damit bezog jede/r 15te Kreisbewohner/-in SGB II-Leistungen. Von den Leistungsbezieher/-innen waren 48,3% Männer und 51,7% Frauen.

- Von den 4.894 nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen, die das so genannte Sozialgeld im Berichtsmonat Dezember 2008 erhielten, waren 4.602 Personen und damit 94% unter 15 Jahren.
- Der Anteil der Sozialgeldbezieher/-innen an allen Hartz IV-Leistungen lag damit bei 32,3%. Der Anteil der Männer lag mit 51,8% über dem der Frauen und der Anteil der ausländische Empfänger/-innen betrug 23,4%.
- Der Anteil der Kinder unter allen Bezieher/-innen von Hartz IV-Leistungen betrug 2008, gemessen an der altersgleichen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg, 10,9%. Damit lag er unter dem in Hessen (14,6%) und dem von 2006 in Deutschland (16,6%) festgestellten Anteil.
- Im Kreisgebiet bezog 2008 fast jedes neunte Kind, in Hessen knapp jedes siebte und deutschlandweit fast jedes sechste Kind unter 15 Jahren Leistungen nach den SGB II.
- 67,7% aller Empfänger/-innen von ALG II (10.255 Personen) im Kreisgebiet waren im Dezember 2008 erwerbsfähig.
- SGB II-Leistungen wurden zu 53,5% von Frauen in Anspruch genommen. Sie haben damit einen höheren Anteil als Männer.
- Auffällig ist, dass mit zunehmendem Alter der Anteil der Männer mit Leistungsbezug steigt. Lag der Anteil der Hilfeempfänger bei Berufseinsteigern unter 25 Jahren noch bei 45,5%, so stieg er bei den älteren, die kurz vor Ende des Erwerbslebens standen, auf 53,3%.
- Von den erwerbsfähigen Empfänger/-innen Ende 2008 im Kreisgebiet waren 67,1% Deutsche und 27,7% Ausländer/-innen. Für mehr als 5,5% der Leistungsbezieher/-innen lagen zur Nationalität keine Angaben vor.
- Frauen als Alleinerziehende sind häufiger als Männer auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Von den insgesamt 1.506 Alleinerziehenden mit ALG II-Bezug waren 94,2% Frauen. Dies entspricht in etwa auch dem hessischen (94,9%) und dem bundesdeutschen Wert (94%).
- Von den 10.255 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Kreisgebiet gingen 3.117 einer Erwerbsarbeit nach. Somit erhielten 30,4% Erwerbseinkommen und SGB II-Leistungen. Davon waren 42,5% sozialversicherungspflichtig beschäftigt mit einem monatlichen Einkommen über 400 Euro und 57,5% als geringfügig Beschäftigte mit einem monatlichen Einkommen bis zu 400 Euro eingestellt.

Entwicklung der Leistungsberechtigten im Kreisgebiet

- Die Entwicklung der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen zeigte von 2005 bis 2008 leichte Zunahmen bei der Zahl der Empfänger/-innen von Sozialgeld für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (+0,4%) und Hessen (+1,5%) und einen sehr ähnlichen Entwicklungsverlauf.
- Auch wenn die Entwicklung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sehr ähnlich verlief, zeigt sich doch im Beobachtungszeitraum von 2005 bis 2008 ein Rückgang der Zahl der erwerbsfähigen ALG II-Bezieher/-innen im Kreisgebiet (-8,5%) und in Hessen (-3,7%).

Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Im Dezember 2008 lebten in den insgesamt 7.111 Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg 15.149 Personen und somit 2,1 Personen pro Bedarfsgemeinschaft.
- In 38,3% der Bedarfsgemeinschaften lebten Kinder unter 15 Jahren zusammen und in 42,7% Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.
- Im Dezember 2008 wuchs fast jeder zwölfte Minderjährige im Kreisgebiet in Familien auf, die soziale Transferleistungen für Arbeitssuchende im Rahmen der Grundsicherung erhielten.
- Über die Hälfte (53,8%) der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Kreisgebiet hatte ein Kind, knapp ein Drittel (30,4%) hatte zwei Kinder und knapp 16% hatte drei und mehr Kinder. Eine sehr ähnliche Verteilung findet sich auch hessenweit.
- Im Landkreis Darmstadt-Dieburg betrug der Anteil der Alleinerziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften 22,4%. Werden alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern zugrunde gelegt, so lag 2008 der Anteil der Alleinerziehenden im Kreisgebiet bei 52,6% und damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 54,1%.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Kreisgebiet

- Die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften insgesamt zeigt von 2005 bis 2008 in Hessen (9,9%) und im Kreisgebiet (-15,0%) einen kontinuierlichen Rückgang.
- Bei den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ist das Gegenteil der Fall. Im Vergleichszeitraum stieg die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern von 1.466 im Jahr 2005 auf 2.725 im Jahr 2008. Dies bedeutet einen Anstieg um mehr als 85%.

Leistungsberechtigte in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Im Berichtsmonat Dezember (andere Datengrundlage, daher Abweichung zu den Daten aus dem Dezember) 2008 wurden in den 23 Kreiskommunen 15.611 Personen in 7.288 Bedarfsgemeinschaften erfasst. Davon waren 67,6% erwerbsfähig und 32,4% nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige.
- Insgesamt lebten Ende 2008 ca. 12% der Kinder unter 15 Jahren in den Kreiskommunen in einer Familie, die Leistungen nach dem SGB II bezogen. Somit lebte jedes achte Kind in einer Bedarfsgemeinschaft und erhielt Sozialgeld.
- Ausgehend von der Kreisquote lebten die meisten jungen Sozialgeldempfänger/-innen in Groß-Zimmern (19,0%) und in Babenhausen (17,4%). Den geringsten Anteil an nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen wiesen die Kommunen Mühlthal und Seeheim-Jugenheim auf.
- Gemessen an der Kreisquote von 36,6 je 1000 Einwohner/-innen lebten in Groß-Zimmern, in Babenhausen und in Reinheim die meisten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und in Modautal und Mühlthal die wenigsten.

Entwicklung der Leistungsberechtigten in den Kommunen

- Von 2007 bis 2008 verringerte sich die Zahl der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Kreiskommunen insgesamt von 5.131 auf 5.052 und damit um 1,5%. Ausgehend von diesem Mittelwert konnten die stärksten Rückgänge in den Kommunen

Erzhausen (-13,2%) und Dieburg (-12,5%) und die stärksten Zunahmen in Fischbachtal (+42,9%) sowie in Mühlthal (+16,5%) verzeichnet werden.

- Von 2005 bis 2008 verringerte sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Kreiskommunen um 0,7%. Entgegen diesem Trend stieg die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Groß-Umstadt (+10,8%), Dieburg (3,9%), Weiterstadt (3,6%) und weiteren sechs Kommunen an. Am deutlichsten ging die Zahl der erwerbsfähigen Hilfeberechtigten in Otzberg mit -18,1% und in Fischbachtal und Mühlthal mit je -13,6% zurück.
- Von 2007 bis 2008 verminderte sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfeempfänger/-innen im Landkreis um 4,2%, während gleichzeitig der Anteil der erwerbstätigen Hilfebedürftigen um 4,9% anstieg. Diese Entwicklung gestaltet sich in den Kreiskommunen sehr heterogen. Während in Modautal (+53,3%), Messel und Fischbachtal (je +33,3%) die Zahl der Erwerbstätigen mit SGB II-Bezug stieg, verringerte sie sich in Ober-Ramstadt (-14,6%) und Otzberg (14,3%).

Bedarfsgemeinschaften in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Von den im Berichtsmontat Dezember 2008 gemeldeten 7.288 Bedarfsgemeinschaften waren 2.940 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Ausgehend vom Kreisdurchschnittswert, einem Anteil von 40,3%, lebten die meisten Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Eppertshausen und in Schaaheim und die wenigsten in Seeheim-Jugenheim und Mühlthal.
- Ausgehend vom Kreisdurchschnittswert von 20,4% lag der Anteil der alleinerziehenden SGB II-Empfänger/-innen, gemessen an allen Alleinerziehenden der jeweiligen Kommunen, am höchsten in Groß-Zimmern (28,6%) und in Münster (27,8%) und am niedrigsten in Fischbachtal (9,5%) und in Mühlthal (12,8%).
- Den Kreisdurchschnitt von 54,3% zugrunde gelegt, fand sich der größte Anteil der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden, gemessen an den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern der jeweiligen Kommunen, in Modautal (100%), Seeheim-Jugenheim (78,4%) und in Mühlthal (71,2%).

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften in den Kommunen

- Von 2005 bis 2008 verringerte sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 12,5%. Mit Ausnahme von Modautal (+3,6%) konnten alle Kreiskommunen einen Rückgang der Bedarfsgemeinschaften verzeichnen.
- Während die Zahl der Bedarfsgemeinschaften rückläufig war, erhöhte sich im Beobachtungszeitraum die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern von 1.466 im Jahr 2005 auf 2.940 im Jahr 2008. Das entspricht einer Zunahme um 100,5%. Ausgehend von diesem Mittelwert hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern überdurchschnittlich in den Kommunen Erzhausen (+284,6%) und Eppertshausen (+263,2%) erhöht.
- Auch die Zahl der Alleinerziehenden mit SGB II-Bezug stieg von 2006 bis 2008 von 872 auf 1.595. Dies entspricht einer Zunahme um 82,9%. Ausgehend von diesem Kreismittelwert hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden überdurchschnittlich in den Kommunen Modautal (+212,5%), Schaaheim (166,7%) und Seeheim-Jugenheim (+141,7%) erhöht.

Das System der Existenzsicherung im SGB XII

Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII

- Im Jahr 2008 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 681 Personen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Damit kamen auf 1.000 Einwohner/-innen zwei Hilfebedürftige im Kreis. In Hessen waren es vier Hilfeempfänger/-innen.
- 2008 lebten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 85,6% der Hilfeempfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen und 14,4% in Einrichtungen. In Hessen wohnten zur gleichen Zeit 35,7% der Leistungsbezieher/-innen außerhalb und 64,3% innerhalb von Einrichtungen.

Entwicklung der Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

- Von 2006 bis 2008 stieg die Anzahl der Hilfeempfänger/-innen im Landkreis um 203 Personen. Damit stieg die Zahl der Bedürftigen um 42,5%. Hessenweit erhöhte sich die Zahl der Hilfebedürftigen im gleichen Zeitraum um 7,0%.
- Auch bezogen auf die Wohnsituation der Empfänger/-innen von HLU-Leistungen weicht die Entwicklung im Landkreis Darmstadt-Dieburg von der in Hessen und dem Bundesgebiet ab. Während bundes- und hessenweit der Großteil der Hilfebezieher/-innen in Einrichtungen lebte, war es im Landkreis Darmstadt-Dieburg umgekehrt. Hier wohnten die meisten Leistungsberechtigten noch in der eigenen Wohnung.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- Im Jahr 2008 empfingen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 1.417 Personen Leistungen zur Grundsicherung. Umgerechnet auf die Bevölkerung ab 18 Jahren waren damit 0,6% der volljährigen Bewohner/-innen des Landkreises Leistungsberechtigte. In Hessen waren es 1,0% und bundesweit 1,1%.
- Von den Bezieher/-innen im Kreis waren 35% erwerbsgeminderte Personen im Alter von 18 bis unter 64 Jahren (Hessen 43%; bundesweit 47%) und 65% waren 65 Jahre und älter (Hessen 57%; bundesweit 53%).
- Frauen sind häufiger als Männer auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. 2008 betrug der Frauenanteil im Kreisgebiet rund 63%, in Hessen knapp 57% und bundesweit bei 56%. Vor allem im Alter sind Frauen vermehrt auf diese Leistungen angewiesen.
- 2008 gab es im Kreisgebiet 1.118 deutsche und 299 ausländische Grundsicherungsempfänger/-innen. Das entspricht einem Anteil von 79% zu 21%. Mit ein Anteil von 80% deutschen und 20% ausländischen Leistungsberechtigten zeigte sich in Hessen eine ähnliche Verteilung.
- Von den insgesamt 1.417 Grundsicherungsempfänger/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg lebten 93,7% außerhalb und 6,3% in Einrichtungen. In Hessen wohnten 79% außerhalb von Einrichtungen und 21% innerhalb von Einrichtungen. Bundesweit lag der Anteil der Menschen, die 2008 in stationären Einrichtungen untergebracht waren, bei 186.000 und damit bei 24,3%. 581.000 Menschen und damit 75,7%, d.h. mehr als drei Viertel, lebten außerhalb solcher Einrichtungen.

Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- Von 2005 bis 2008 stieg die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Kreisgebiet um 12,2% und in Hessen um 17,1%.

- Während in Hessen im Vergleichszeitraum die Zahl der dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen zwischen 18 und 64 Jahren stärker (+19%) als die Personen mit Grundsicherung im Alter zugenommen hat, gibt es im Kreisgebiet einen jeweils gleich starken Anstieg um 12,2%.
- Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt in der Entwicklung von 2005 bis 2008 eine Zunahme der Zahl der erwerbsgeminderten Frauen von 18 bis 64 Jahre um 19,3% und bei den Männern um 5,6%. Dabei hat sich das Verhältnis von Männern und Frauen umgekehrt. Lag der Anteil der Frauen 2005 noch unter 50%, so lag er 2008 darüber.
- Bei der Grundsicherung im Alter stieg die Zahl der Frauen um 7,4% und die der Männer um 24,7%. Trotz dieser Zunahme blieb der prozentuale Anteil der Männer mit 28% bzw. 30% und der der Frauen mit 72% bzw. 70% fast konstant.
- Von 2006 bis 2008 stieg die Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Kreisgebiet von 1.340 auf 1.417. Dies entspricht einer Zunahme um 77 Personen und einem Anstieg um 5,7%. Dabei stieg die Zahl der Grundsicherungsempfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen um 6,2%, während sich die Zahl der Personen in Einrichtungen um 1,1% verringerte.

Eingliederungshilfe für Behinderte

- Im Jahr 2008 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 616 und in Hessen 40.620 Menschen auf Eingliederungshilfen für Behinderte angewiesen.
- Im gleichen Jahr nahmen 336 Kinder aus dem Landkreis Leistungen der Frühförderstellen in Anspruch.

Entwicklung der Eingliederungshilfe für Behinderte

- Von 2005 bis 2008 stieg die Anzahl der Leistungsbezieher/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg um 38,4% und in Hessen um 17,6%.
- Im Beobachtungszeitraum stieg die Zahl der Kinder in der Frühförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg von 326 auf 336. Dies bedeutet eine Zunahme um 10 Kinder bzw. 3,1%.

Hilfe zur Pflege

- Im Jahr 2008 benötigten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 364 Personen und in Hessen 19.828 Menschen Hilfe zur Pflege.

Entwicklung der Hilfe zur Pflege

- Im Zeitraum von 2005 bis 2008 stiegen im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Hilfen zur Pflege um 9,6% und in Hessen um 16,4%.

Das Asylbewerberleistungsgesetz

- Im Jahr 2008 bezogen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 295 und in Hessen 8.453 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
- Der Anteil der Asylbewerberinnen lag im Jahr 2008 im Kreisgebiet bei 44,4% und in Hessen mit 42,5% leicht darunter.

- 2008 hatten Asylbewerber/-innen unter 18 Jahren im Landkreis einen Anteil von 28,5%, die von 18 bis unter 50 Jahren einen von 56,3% und die mit 50 Jahren und älter einen Anteil von 15,3%.
- 59,3% der Asylbewerber/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg lebten im Jahr 2008 in Einrichtungen. In Hessen betrug der Anteil 38,8%.
- Im Jahr 2008 betrug der Anteil der erwerbstätigen Asylbewerber/-innen im Landkreis 3,1% und in Hessen 3,4%.

Entwicklung der Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG

- Die Zahl der Asylbewerber/-innen sank im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 2000 bis 2008 um 80,1% und in Hessen um 78,5%.
- Während die Altersgruppe der Personen mit 50 Jahren und älter von 2000 bis 2008 um 7,8% und die der 18- bis 50-Jährigen um 2,5% zunahm, verringerte sich der Anteil der Minderjährigen um 10,1%. Dieser Entwicklungsverlauf zeigte sich auch hessenweit.
- Von 2000 bis 2008 verminderte sich im Landkreis Darmstadt-Dieburg der Anteil der Asylbewerber/-innen in Einrichtungen um 9,8%. Im gleichen Zeitraum erhöhte er sich in Hessen um 7,0%.

Kriegsopferfürsorge

- Die wichtigsten Leistungsformen der Kriegsopferfürsorge im Kreisgebiet sind Hilfe zur Pflege und ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt.
- Im Landkreis Darmstadt-Dieburg bezogen Ende 2008 insgesamt 64 Personen Leistungen aus der Kriegsopferfürsorge, davon erhielten 92,2% Hilfe zur Pflege.
- In Hessen erhielten 5.779 Personen Unterstützung aus der Kriegsopferfürsorge. Der Schwerpunkt der Leistungen lag hier mit einem Anteil von 63,4%, auf der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfen zur Pflege nahmen einen Anteil von 21,8% ein.

Entwicklung der Kriegsopferfürsorge

- Von 2000 bis 2008 sank die Anzahl der Empfänger/-innen von Kriegsopferfürsorge im Kreisgebiet um 55,6% und in Hessen um 44,2%.

Weitere Hilfen der Sozialverwaltung

Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung

- Die über die Kreisagentur für Beschäftigung aufgewendeten Kinderbetreuungskosten nach § 16 SGB II stiegen von 161.000 Euro im Jahr 2007 auf 174.000 Euro im Jahr 2008 und damit um 8,1%.
- Von 2007 zu 2008 sind die Fallzahlen der Kostenübernahme für Kinderbetreuung nach § 23 und 24 SGB VIII im Kreisgebiet insgesamt um 14 Fälle gestiegen, das entspricht einem Zuwachs von 2,5%.
- Die höchsten Kostenübernahmequoten für Kinderbetreuung gab es 2008 in Pfungstadt (22,4), Reinheim (20,9) und Schaaflheim (18,3), während in Ober-Ramstadt (6,9) und Fischbachtal (7,6) die niedrigsten Übernahmequoten zu verzeichnen waren.

Veränderung der Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung

- Bezogen auf das Vorjahr ist 2008 ein leichter Anstieg der Fallzahlen um 1,6% festzustellen.
- In diesem Zeitraum stiegen auch die Quoten der Kinderbetreuungsbeitragsübernahme bezogen auf 1000 der jungen Bevölkerung unter 15 Jahren im Kreisgebiet von 11,53 auf 11,92.
- In den einzelnen Kommunen waren teilweise stärkere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr festzustellen. So stieg z.B. die Quote in Messel von 9,96 auf 17,71, während in Schaafheim ein Rückgang der Quote von 19,84 auf 16,13 zu verzeichnen war.

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

- 2008 erhielten 1.717 Kinder unter 12 Jahren Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Das entspricht kreisweit einer Quote von 53 bezogen auf 1000 der altersgleichen Bevölkerung.
- Fast die Hälfte der Kinder mit UVG-Bezug hatte Eltern, die nicht verheiratet waren. Ein gutes Drittel der UVG-Bezieher/-innen lebte bei einem Elternteil, der getrennt von dem anderen wohnte und ein Sechstel mit einem geschiedenen Elternteil zusammen.
- Ausgehend von der Kreisdurchschnittsquote von 53 Bezieher/-innen je 1000 der altersgleichen Bevölkerung lebten die meisten Kinder mit UVG-Bezug in Münster (76), Babenhausen (71) und Pfungstadt (69).

Entwicklung der UVG-Empfänger/-innen

- Von 2007 bis 2008 stieg die Zahl der jungen UVG-Bezieher/-innen von 1.674 auf 1.717 und damit um 2,6%.
- Ausgehend von diesem Mittelwert erhöhte sich die Zahl der UVG-Empfänger/-innen am deutlichsten in Groß-Bieberau (+23,8%), Erzhausen (+21,1%), und Bickenbach (+20,0%).
- Rückläufig war dagegen die Zahl der Kinder mit UVG-Bezug in Messel (-34,8%), Mühlthal (-16,4%) und Alsbach-Hähnlein (-15,9%).

Schuldnerberatung des Landkreises Darmstadt-Dieburg

- Im Vergleich aller 429 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland liegt der Landkreis Darmstadt-Dieburg im ersten Viertel auf Rang 88.
- In der kreiseigenen Schuldnerberatung wurden im Jahr 2008 insgesamt 1.680 Beratungsfälle erfasst. Davon waren 1.261 Kurzberatungsfälle und 419 laufende Beratungsfälle.
- Von den Klienten, die 2008 drei oder mehr Termine der Schuldnerberatung wahrgenommen haben, waren mehr als die Hälfte (58,2%) zwischen 20 und 39 Jahre alt, lebte der größte Teil entweder alleine (37%) oder in einer Familie bzw. einer Lebensgemeinschaft mit Kindern (36,3%) und bezog die Hälfte (51,4%) Arbeitslosengeld I oder II.
- Als Hauptursachen für die Überschuldung gaben die Klienten Arbeitslosigkeit bzw. Reduzierung der Arbeit (30%) sowie Scheidung bzw. Trennung (15%) an.

Entwicklung der Beratungsfälle der Schuldnerberatung

- Von 2005 bis 2008 nahm sowohl die Zahl der Kurzberatungsfälle als auch die der laufenden Beratungsfälle zu. Während 2005 insgesamt 1.527 Beratungsfälle verzeichnet wurden, waren es 2008 bereits 1.680. Das entspricht einem Anstieg um 10%. Dabei blieb das Verhältnis zwischen Kurzberatungen und laufenden Beratungen konstant.
- Im Beobachtungszeitraum lag der Anteil der Regulierungsfälle an allen Beratungsfällen zwischen 16,9% und 15,5%. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der erfolgreichen Regulierungsfälle kontinuierlich an und zwar von 38,4% auf 43,5%.

Verbraucherinsolvenz im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Im Jahr 2008 wurden im Landkreis insgesamt 276 Verbraucherinsolvenzen durchgeführt. Gegenüber 2005 ist dies eine Steigerung um 33 Fälle und damit 15,8%.

5 Reichtum

Einkommensreichtum

Wohlstandsgrenze in Hessen

- Gemessen am 200%-Bundesmedian zeigt ein Vergleich der Bundesländer, dass Hessen mit einer Quote von 10,6% den zweithöchsten Anteil wohlhabender Personen in Deutschland hat. Hessen liegt damit um 2,9% über dem Bundesdurchschnitt. Auch gemessen am Landesmedian behauptet Hessen den zweiten Platz.
- Gemessen an dieser Reichtumsgrenze lebten nach Berechnungen des Mikrozensus 2006 in Hessen 10,9% und in Westdeutschland 9,3% wohlhabende Personen.

Entwicklung

- Der Anteil einkommensreicher Personen bezogen auf die Wohlstandsquote stieg von 2003 bis 2006 nach dem Mikrozensus um 0,7% in Hessen und in Westdeutschland.

Einkommensreichtumsgrenze von 300% des Medianes

- 2006 galten, gemessen an dieser Reichtumsgrenze (berechnet auf der Grundlage des Mikrozensus), 3,4% der Hessen und 2,5% der Westdeutschen als einkommensreich.

Entwicklung

- Bezogen auf diese Quote stieg der Anteil einkommensreicher Personen von 2003 bis 2006 um 0,7% in Hessen und um 0,1% in Westdeutschland.

Annäherungswerte für die Wohlstandsgrenze im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Der durchschnittliche Anteil von Steuerpflichtigen mit einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro bis 125.000 Euro lag 2004 im Landkreis bei 19,3%. Er lag damit um 1,1% über dem Durchschnittswert des Regierungsbezirks Darmstadt und um 3,1% über dem Durchschnittswert in Hessen.

Annäherungswerte für die Reichtumsgrenze im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- 2004 betrug der Anteil der Steuerpflichtigen in der Einkommensklasse von 125.000 Euro bis 500.000 Euro im Landkreises Darmstadt-Dieburg 2,1%. Er lag damit um 0,4% unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirks Darmstadt und um 0,1% über dem hessischen Durchschnitt.

Zugehörigkeit zum obersten ein Prozent der Einkommensbezieher/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Die höchsten Bruttoeinkommen im Kreis liegen bei über 500.00 Euro im Jahr. 2004 lag der Anteil dieser Steuerpflichtigen im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei 0,05% und damit unter dem Anteil der Steuerpflichtigen im Regierungsbezirk Darmstadt mit 0,14% und unter dem hessischen Durchschnitt mit 0,11%.

Regionale Unterschiede im Kreisgebiet

- Innerhalb des Landkreises gab es unter den einzelnen Kommunen erhebliche Unterschiede bezogen auf Einkommensreichtum. Insgesamt lebten in den Kommunen des Westkreises mehr einkommensreiche Personen als in den Kommunen des Ostteils. Die Kommunen mit den reichsten Einkommensbezieher/-innen sind Seeheim-Jugenheim und Alsbach-Hähnlein.

Einkommensreichtum in Deutschland nach soziodemografischen Merkmalen

Geschlecht und Alter

- Die höchsten Einkommen werden überwiegend von älteren Männern erzielt. In den unteren Altersgruppen ist Reichtum deutlich unterrepräsentiert.
- Gemessen am 200%-Median und dem Durchschnittswert in Westdeutschland von 7,8% sind Einkommensreiche in den unteren Altersgruppen bis 34 Jahren mit 3,3% deutlich unter und in den oberen Altersgruppen zwischen 55 und 64 Jahren mit 10,6% deutlich überrepräsentiert.

Die Struktur von einkommensreichen Haushalten

- Mit zunehmendem Einkommen steigt der Anteil der Verheirateten. Einkommensreiche Haushalte sind seltener kinderlos. Die Zahl der Kinder in diesen Familien liegt mit zwei, drei und vier Kindern über dem Durchschnitt.

Berufliche Stellung

- Hohe Haushaltsnettoeinkommen finden sich überwiegend bei Selbständigen, höheren Beamten sowie höheren Angestellten

Nationalität

- Ausgehend von einem Ausländer/-innenanteil an der Gesamtbevölkerung von 6,7% im Jahr 2002 sind Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von 7,1% überdurchschnittlich bei niedrigen Haushaltsnettoeinkommen und mit einem Anteil von 2,5% unterdurchschnittlich bei hohen Haushaltsnettoeinkommen ab 5.113 Euro vertreten.

Die Entwicklung von Einkommenswohlstand und -reichtum

Einkommensschere in Deutschland

- Die Entwicklung zeigt, dass nicht nur die Armut in der Bevölkerung zunimmt, sondern auch die Anzahl der Wohlhabenden und Reichen.

Die Verteilung und Entwicklung von Armut und Reichtum

- Von 1985 bis 2006 hat sich der Anteil der Personen in der untersten und in der obersten Einkommensgruppe erhöht. So stieg der Anteil in der niedrigsten Einkommensgruppe von 9,1% auf 11,4% und in der obersten von 3,8% auf 4,7%.
- Im gleichen Zeitraum kann auch ein Rückgang des Einkommens bei den klassischen Durchschnittsverdienern und damit ein Schrumpfen der typischen Mittelschicht festgestellt werden.

Vermögen

Vermögensbestände und Vermögenskomponenten der privaten Haushalte in Deutschland

- Von 1993 bis 2003 sind die privaten Geld- und Immobilienvermögen der Deutschen im Durchschnitt um knapp 26% gewachsen.

Private Versicherungen

- Im Jahr 2007 verfügte die Hälfte der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten in Deutschland über Vermögen in Form von privaten Versicherungen (52,9%) einschließlich Bausparverträgen und knapp die Hälfte über Geldvermögen (48,9%).

Geld- und Versicherungsvermögen

- Durchschnittlich verfügte die Bevölkerung 2007 über ca. 25.000 Euro Geldvermögen und ca. 22.000 Euro in privaten Versicherungen. Gegenüber 2002 haben beide Vermögenskomponenten zugenommen.

Immobilien

- Der Besitz von Immobilien ist die wichtigste Anlageform in Deutschland. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung besaß 2007 eine selbst genutzte Immobilie und ein Zehntel verfügte über sonstigen Immobilienbesitz. Diese Anteile blieben seit 2002 so gut wie konstant. Der durchschnittliche Bruttowert dieser Vermögensform betrug ca. 145.000 Euro.

Hypotheken- oder Konsumentenkredite

- Ein Drittel der Bevölkerung hatte Schulden in Form von Hypotheken- oder Konsumentenkrediten. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten beliefen sich dabei auf ca. 56.000 Euro. Der Anteil dieser Bevölkerung stieg gegenüber 2002 um 4%.

Vermögen in Deutschland nach soziodemografischen Merkmalen

Alter

- Während die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2007 über ein durchschnittliches Nettovermögen von weniger als 7.000 Euro verfügte, besaß die Altersgruppe der 56- bis 65-Jährigen mit durchschnittlich knapp 145.000 Euro das höchste Nettovermögen.

Geschlecht und Migrationshintergrund

- Im Jahr 2002 lag das durchschnittliche Nettovermögen der Männer über dem der Frauen (96.000 Euro gegenüber 67.000 Euro) sowie das der Personen ohne Migrationshintergrund deutlich über dem der Migrantinnen und Migranten (87.000 Euro gegenüber 47.000 Euro).

Berufliche Stellung

- Vermögensreiche finden sich überdurchschnittlich in der Gruppe der Selbständigen, der Gruppe der Beamten und Beamtinnen des gehobenen oder höheren Dienstes sowie der Gruppe der Angestellten mit umfassenden Führungsaufgaben. Dagegen verfügen Arbeiter/-innen und Angestellte ohne Abschluss über die niedrigsten Nettovermögen.

Ursachen für Vermögensreichtum

Vermögen durch hohe Erwerbseinkommen

- Bei der Entstehung von Vermögensreichtum spielt das Einkommen eine bedeutende Rolle. Im Jahr 2003 hatten von den Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis zu 1.500 Euro pro Monat nur 8,9% ein Nettogeldvermögen über 50.000 Euro und mehr.
- Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro verfügten zu 20,1%, solche mit 3.600 Euro bis 5.000 Euro zu 54,7% und Haushalte mit einem Einkommen von 5.000 Euro bis 18.000 Euro (Erfassungsgrenze EVS) zu 73,9% über ein Nettogeldvermögen von 50.000 Euro und mehr.

Vermögen als Ursache für Vermögensreichtum

- Bedeutender als das Erwerbseinkommen ist das ererbte bzw. geschenkte Vermögen aus früheren Epochen, das über Generationen weiter gegeben wird.
- Bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 5.113 Euro und mehr beträgt die durchschnittliche Erbschaftshöhe mit fast 180.000 Euro nahezu das Vierfache dessen, was Haushalte mit Monatseinkommen bis 3.835 Euro erhalten.

Vermögensverteilung und Entwicklung

Ungleiche Verteilung

- Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.
- Die unteren 50% der Haushalte verfügen über etwas weniger als 4% des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten 20% der Haushalte rund zwei Drittel des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen.

Ungleiche Entwicklung des Vermögens

- Von 1998 bis 2003 stagnierte in der Bundesrepublik das Vermögen bei den unteren 50% der Bevölkerung, während es bei den 10% der reichsten Bevölkerung um 3% anstieg.
- Von 2002 bis 2007 öffnete sich die Vermögensschere weiter zu Ungunsten der ärmsten Bevölkerungsgruppen.

Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung

- Auf Basis des SOEP lag der Gini-Koeffizient 2007 bei 0,799 und damit noch sehr viel näher am Maximalwert von 1 als der von 2002 mit 0,777. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit eine mittlere Position bei der Vermögensungleichheit ein.

Einkommens- und Vermögensreichtum

- Obgleich das verfügbare Einkommen deutlich weniger als das Vermögen konzentriert ist, besteht zwischen den Verteilungen dieser beiden ökonomischen Größen ein enger Zusammenhang. Dem einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung standen 2007 durchschnittlich 317.000 Euro an individuellem Vermögen zur Verfügung, während der entsprechende Wert für das einkommensschwächste Zehntel nur rund 32.000 Euro betrug.

Entstehung von Reichtum

- Reichtum wird durch am Markt erzielte Einnahmen erzielt. Das ererbte bzw. geschenkte Vermögen ist die häufigste Ursache für Vermögensreichtum.
- Reichtum ist eng mit der sozialen Herkunft und den damit verbundenen Bildungschancen verknüpft. Bei der Besetzung von beruflichen Spitzenpositionen und den damit verbundenen hohen Einkommen, werden Bewerber/-innen aus den unteren Schichten, trotz gleicher beruflicher Qualifikation, benachteiligt.

6 Erwerbsbeteiligung und Erwerbslosigkeit

Erwerbsorientierung

- Gemessen an der Erwerbsquote (73,0% im Jahr 2005 und 76,4% im Jahr 2008) nimmt die Erwerbsorientierung der Bevölkerung in der Regionaleinheit mit dem Landkreis Darmstadt Dieburg weiter zu. Dabei ist der Anstieg der Erwerbsquote vor allem auf die zunehmende Erwerbsorientierung der Frauen zurückzuführen.

Erwerbsbeteiligung

Erwerbs- und Nichterwerbspersonen

- Von den 2008 gemeldeten Personen mit Hauptwohnsitz in den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis zählten 49,6% zu der Gruppe der Erwerbspersonen. Davon waren 46,4% erwerbstätige und 3,0% erwerbslose Personen.
- Im gleichen Jahr gehörten 50,4% der mit Hauptsitz gemeldeten Personen zur Gruppe der Nicht-Erwerbspersonen. Dazu zählen Schüler/-innen, Studenten/-innen, Hausfrauen/-männer, Frührentner/-innen, Empfänger/-innen von Sozialgeld und Grundversicherung sowie nicht arbeitslose ALG II-Empfänger/-innen zwischen 15 und 64 Jahren.
- Von den ausländischen Erwerbspersonen waren 85,7% erwerbstätig und 14,3% erwerbslos.

Struktur der erwerbstätigen Bevölkerung in der Regionaleinheit

Alter, Geschlecht und Bildung

- Im Jahr 2008 waren 73,3% der 25- bis unter 55-Jährigen in der Regionaleinheit erwerbstätig. Von den Jüngeren unter 25 Jahren waren es 11,2% und die Älteren mit 55 Jahren und mehr stellten einen Anteil von 15,5%.
- Von den Erwerbstätigen waren Männer (55,4%) häufiger erwerbstätig als Frauen (44,6%). Darüber hinaus sind 85,5% der abhängig Teilzeitbeschäftigten Frauen.
- 2008 besaßen 31,3% der Erwerbstätigen in der Regionaleinheit einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss, 36,0% den Realschulabschluss und 32,8% verfügten über die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.
- Der Rückgang der Arbeiter/-innen und die Zunahme der Angestellten in Hessen und der Regionaleinheit belegen den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.

Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach dem Arbeitsortprinzip

Erwerbstätige im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat sich von 90.000 im Jahr 1999 auf rund 96.400 im Jahr 2007 erhöht (+7,1%). Davon waren 85.500 Arbeitnehmer/-innen. Dies entspricht einem Anteil von 85,6% an allen Erwerbstätigen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

- Zum 30.06.2007 waren von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 38,8% im produzierenden Gewerbe und 27,6% im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr beschäftigt. 20,2% der Beschäftigten waren bei einem öffentlichen oder privaten Dienstleister, 12,7% im Bereich Finanzierung und Unternehmensdienstleistungen sowie 1,5% in der Land- und Forstwirtschaft bzw. Fischerei tätig.

Selbständige

- 2007 waren im Kreisgebiet 13,9% der Erwerbstätigen als Selbständige angemeldet und in Hessen 11,3%.

Geringfügig Beschäftigte

- 2007 gab es 21.603 geringfügig entlohnte Beschäftigte mit Arbeitsort im Kreisgebiet. Davon waren 14.781 (68,4%) ausschließlich geringfügig Beschäftigte und 6.822 Personen (31,6%) im Nebenjob geringfügig beschäftigt. Insgesamt stellten die geringfügig Beschäftigten einen Anteil von 22,4% an allen Erwerbstätigen und 26,4% an allen Arbeitnehmer/-innen im Landkreis.

Entwicklung

- Von 2000 bis 2007 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Landkreis um 5,2% und in Hessen 1,5%.

- Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Kreisgebiet um 2,2% und in Hessen um 2,4%.
- Dabei verringerte sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Kreisgebiet von 86,1 auf 63,3% und in Hessen von 72,9 auf 70,0%.
- Von 2004 bis 2007 ist der Anstieg der Erwerbstätigen im Kreisgebiet zu 63,8% auf die Zunahme der geringfügig entlohnten Beschäftigten (+1.660) zurückzuführen. Werden nur die Arbeitnehmer/-innen betrachtet, so sind 69,2% der Steigerung in diesem Zeitraum auf die GeB zurückzuführen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach dem Wohnortprinzip

- Im Juni 2008 waren 100.477 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet. Davon waren 44,5% weiblich.
- Werden die zum Stichtag 2008 nach dem Wohnortprinzip erfassten 100.477 Beschäftigten zur erwerbsfähigen Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren ins Verhältnis gesetzt, so sind kreisweit 51,8% dieser Bevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Ausgehend von diesem Kreisdurchschnittswert wohnen die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Griesheim (56,3%), Weiterstadt und Erzhausen (mit je 55,0%).
- Die wenigsten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter wohnen in Seeheim-Jugenheim (46,9%), in Dieburg (47,1%) und in Mühlthal (48,0%).

Entwicklung

- Von 2004 bis 2008 kann ein Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Kreisgebiet und in Hessen um 2,6% verzeichnet werden. Die Entwicklung im Kreisgebiet verläuft parallel zu der in Hessen.
- Von 2005 bis 2008 zeigt die Entwicklung nach dem Alter der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Zunahmen bei den 20- bis 30-Jährigen (+1,3%), den 40- bis 50-Jährigen (+0,6%) und den 50-Jährigen und älter (+1,3%). Rückgänge sind bei den 30- bis unter 40-Jährigen (-3,0%) und bei den unter 20-Jährigen (-0,3%) zu verzeichnen.
- Von 2005 bis 2008 zeigt die berufliche Bildungsstruktur der SV-Beschäftigten eine geringe Abnahme bei den Geringqualifizierten und den Qualifizierten mit abgeschlossener Berufsausbildung und eine leichte Zunahmen bei den Hochqualifizierten.

Erwerbslosigkeit

Arbeitslose nach den Rechtskreisen SGB II und SGB III

- Im Dezember 2008 lag die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach den Rechtskreisen SGB II und III bei 7.584. In Hessen gab es insgesamt 195.090 Arbeitslose.

Soziografische Merkmale

Geschlecht

- Der Anteil der Frauen im Landkreis lag bei 49,8% und hessenweit bei 48,0%.

Altersstruktur

- 2008 waren drei Viertel aller Arbeitslosen im Kreisgebiet und in Hessen zwischen 25 und 54 Jahre alt. Der Anteil der unter 25-Jährigen lag im Landkreis bei 9,6% und hessenweit bei 10,0%. Der Anteil der über 55-Jährigen an den Arbeitslosen lag im Kreis bei 15,0% und in Hessen bei 13,8%.

Nationalität

- 2008 gab es im Landkreis 1.780 arbeitslose Ausländer/-innen und 5.804 Deutsche. Im Kreisgebiet hatten somit 23,5% der Arbeitslosen keinen deutschen Pass. In Hessen betrug der Anteil 24,9. Gemessen am Anteil der ausländischen Bevölkerung sind Ausländer/-innen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.

Entwicklung

- Von 1999 bis 2008 sank die Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 7,0 auf 5,6 und in Hessen von 9,0 auf 7,1. Damit lag die Arbeitslosenquote im Kreisgebiet im Beobachtungszeitraum immer unter der hessischen.
- Die Zahl der Arbeitslosen nach den Rechtskreisen SGB II und SGB III verringerte sich im Landkreis von 12.088 im Jahr 2005 auf 7.584 im Jahr 2008. Das entspricht einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 37,3%.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II

- Von den im Dezember 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.584 arbeitslos gemeldeten Personen wurden 5.207 Personen dem Rechtskreis SGB II zugeordnet und bezogen ALG II. Das entspricht einem Anteil von 68,7% an allen Arbeitslosen. In Hessen betrug der Anteil 69,5%.
- Die Quote der Arbeitslosen nach dem Rechtskreis SGB II bezogen auf 1.000 der Bevölkerung vor Ort erreichte 2008 eine Spannweite zwischen 8,7 und 28,6. Der Kreisdurchschnitt lag bei 18,0. Ausgehend von diesem Wert lagen sieben Kommunen über und 16 Kommunen unterhalb des Kreisdurchschnitts.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II auf kommunaler Ebene

- Den höchsten Anteil an SGB II-Arbeitslosen je 1.000 Einwohner/-innen hatten 2008 Groß-Zimmern und Reinheim (je 28,6) zu verzeichnen, während es in Mühlthal (8,7) und Modautal (9,5) die wenigsten SGB II-Arbeitslosen bezogen auf je 1.000 Einwohner/-innen gab.

Entwicklung

- Von 2005 bis 2008 kam es zu einem Rückgang der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II um insgesamt 14,6%.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB III

- Im Jahr 2008 bezogen 31,3% der Arbeitslosen im Landkreis Darmstadt-Dieburg Leistungen nach dem SGB III (ALG I). Hessenweit waren es 30,5%.
- Die Kreisdurchschnittsquote der Arbeitslosen nach dem SGB III lag bei 8,2. Insgesamt lagen 13 Kommunen über und 10 Kommunen unterhalb dieses Mittelwertes.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB III auf kommunaler Ebene

- Den höchsten Anteil an SGB III-Arbeitslosen je 1.000 Einwohner/-innen verzeichneten 2008 Münster (10,4) und Eppertshausen (9,7). In Groß-Bieberau (5,9), Mühltal und Roßdorf (je 6,3), gab es dagegen die wenigsten SGB III-Arbeitslosen bezogen auf 1.000 Einwohner/-innen.

Vergleich der Arbeitslosen nach den Rechtskreisen SGB II und III

- 2008 war die Arbeitslosigkeit nach dem Rechtskreis SGB II kreis- und hessenweit mehr als doppelt so hoch als nach dem Rechtskreis SGB III.

Geschlecht

- 2008 war im Rechtskreis des SGB III ein höherer Anteil von Frauen im Kreisgebiet festzustellen. In Hessen lag hier sowie im Rechtskreis des SGBII der Männeranteil über dem der Frauen.

Altersstruktur

- Der Anteil der unter 25-Jährigen im Rechtskreis des SGB II lag im Kreisgebiet bei 7,6% und in Hessen bei 7,9%. Im Rechtskreis des SGB III zeigt sich fast eine Verdoppelung. So betrug der Anteil dieser Altersgruppe im Kreisgebiet 14,0% und in Hessen 14,6%.

Nationalität

- Der Anteil der ausländischen Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II lag über dem des SGB III. Im Kreisgebiet betrug er 26,8% und in Hessen 28,9%. Damit verfügte mehr als jede/r Vierte arbeitslose ALG II-Empfänger/-in sowohl im Landkreis Darmstadt-Dieburg als auch in Hessen über keinen deutschen Pass.

Entwicklung

- Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Landkreis Darmstadt-Dieburg differenziert nach den beiden Rechtskreisen zeigt, von 2005 bis 2008 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit sowohl im SGB II als auch im SGB III.
- Dabei verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen mit SGB III-Bezug deutlich um 3.612 Personen und damit um 60,3%. Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit SGB II-Bezug verringert sich ebenfalls um 892 und damit um 14,6%.

7 Bildung

Bildung der Bevölkerung

- Der Anteil der Bevölkerung mit höheren allgemeinbildenden Abschlüssen hat sich in der Regionaleinheit (mit den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Oden-

wald) von 2006 bis 2008 nur leicht erhöht. So stieg der Anteil mit Realschulabschluss um 0,2% und der mit Abitur oder einem vergleichbarer Abschluss um 0,3%.

- Die berufliche Bildungsstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung in der Regionaleinheit hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Das trifft auch auf die beruflichen Bildungsabschlüsse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu.

Ausgaben für Bildung

- Die Höhe der Bildungsausgaben und ihre Entwicklung ist ein Indikator dafür, welchen Stellenwert Bildung in einer Gesellschaft hat. 2006 wurden in Hessen 4.800 Euro je Schüler/-in an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ausgegeben. Damit nimmt Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern einen mittleren Platz ein.
- Die Entwicklung der Bildungsausgaben der einzelnen Bundesländer im Zeitraum von 1995 bis 2006 verdeutlicht die Unterschiede. Während in Thüringen die Ausgaben um 1.800 Euro anstiegen, kam es in Bremen zu einem Rückgang der Ausgaben um 300 Euro je Schüler/-innen. Die Bundesländer Hessen, Bayern und Baden-Württemberg lagen mit einer Steigerung der Ausgaben um 600 Euro je Schüler/-in im Bundesdurchschnitt.

Niedriger Bildungsstand

- Allgemeinbildende Schulabschlüsse beeinflussen das berufliche Weiterkommen in hohem Maße. Personen ohne oder mit einem nur gering qualifizierenden Bildungsabschluss sind überproportional häufig von Arbeitslosigkeit und monetärer Armut betroffen. In Hessen lag der Anteil der Personen zwischen 25 und 65 Jahren mit einem niedrigen Bildungsstand bei 18% und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt von 17%.
- In allen Bundesländern, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, lag der Anteil der Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss über dem der Männer
- Der Anteil der „frühen Schulabgänger/-innen“, d.h. der Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen (an der altersgleichen Bevölkerung), der sich nicht in Schule oder Ausbildung befindet und der über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II lag 2006 in Hessen bei 14,7% und deutschlandweit bei 14,1%.
- Der Anteil der jungen Männer mit niedriger Bildung lag über dem der jungen Frauen.
- Der Bildungsgrad von Kindern und Jugendlichen hängt in hohem Maß vom bildungsgrad und der sozialen Herkunft der Eltern ab.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

- Von 1995 bis 2008 konnte die Versorgungssituation der Kinder im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei allen Angebotsformen der Tagesbetreuung verbessert werden.

Schulbildung

Rückgang der Schüler/-innenzahlen

- Seit dem Schuljahr 2005/06 sind im Landkreis Darmstadt-Dieburg sinkende Schüler/-innenzahlen zu verzeichnen. Eine Vorausberechnung des HSL prognostizierte für den Landkreis bis 2020 einen Rückgang von 32,2%.

Schulübergänge

- Bei der Wahl der Schulform nach der Grundschulzeit zeigt sich deutlich, dass auch im Kreisgebiet von allen Angeboten der gymnasiale Zweig zunehmend favorisiert wird. Insgesamt wechselten zum Schuljahr 2007/08 1.494 (58,9%) der Schüler/-innen auf eine gymnasiale Eingangsklasse.
- Auf einem konstant niedrigen Niveau mit abnehmender Tendenz blieb der Anteil der Schüler/-innen, die sich nach der Grundschule für eine Haupt-, Real- oder eine Integrierte Gesamtschule entschieden.

Schüler/-innen nach den Schulformen

- Von den insgesamt 30.621 Schüler/-innen des Landkreises Darmstadt-Dieburg im Schuljahr 2007/08 besuchten 36,7% eine Grundschule. 29,0% waren Schüler/-innen eines Gymnasium bzw. eines gymnasialen Zweiges einer kooperativen Gesamtschule und 13,5% einer Realschule.
- Lediglich 5,5% der Schüler/-innen besuchten eine Hauptschule, 6,9% nahmen das Angebot der Förderstufen und 4,3% das von integrierten Gesamtschulen war. Förderschulen besuchten 4,0% der Schüler/-innen.

Geschlecht

- An den Förder- und Hauptschulen sowie an den Gesamtschulen sind Jungen deutlich überrepräsentiert, an den Gymnasien sind es die Mädchen. Extrem auffällig ist das Verhältnis von 2 Jungen zu einem Mädchen an den Förderschulen.

Nationalität

- Während an den Grundschulen der prozentuale Anteil ausländischer Kinder im Landkreis bei 10,6% liegt, ist er überdurchschnittlich hoch an den Hauptschulen (30,2%), an den Förderschulen (19,9%) und den Realschulen (14,0%) und überdurchschnittlich gering an den Gymnasien (5,8%).

Bildungschancen im Vergleich

- Der Schulerfolg von Kindern ist eng mit der sozialen Herkunft und dem Status der Eltern verknüpft. Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten besuchen wesentlich häufiger die Hauptschule als dies Kinder aus der oberen sozialen Schicht tun.

Schulabschlüsse

- 47,6% der Schüler/-innen im Landkreis Darmstadt-Dieburg beendeten 2007/08 die Schule mit dem Realschulabschluss und 22,4% erzielten die allgemeine Hochschulreife. 23,4% der Schüler/-innen schafften den Hauptschulabschluss, 4,7% den Förderschulabschluss und 3,8% schlossen die Schule ohne allgemein bildenden Abschluss ab.

Geschlecht

- Im Schuljahr 2007/2008 schlossen deutlich mehr Schülerinnen (25,1%) die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife ab als Schüler (19,7%). Während sich bei den Realschulabschlüssen kaum geschlechtsspezifische Differenzen zeigten, beendeten mehr Schüler (24,7%) als Schülerinnen (22,2%) die Schule mit dem Hauptschulabschluss und einem Förderschulabschluss (5,7% zu 3,6%). Auch mehr junge Männer

(4,2%) als junge Frauen (3,4%) verließen die Schule ohne einen allgemeinbildenden Abschluss.

Nationalität

- Ausländische Schulabgänger/-innen erreichen auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg deutlich niedrigere Abschlüsse als deutsche Abgänger/-innen.
- Ein großer Teil der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund lässt sich jedoch über ihre Zugehörigkeit zur unteren sozialen Schicht und dem damit eng verknüpften niedrigen Bildungsniveau der Eltern erklären.

Berufliche Ausbildung

Ausbildungsmarkt

- Von 1997 bis 2007 hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Zuständigkeit der Arbeitsagentur Darmstadt um 693 damit um 12,3% erhöht.
- Während in den Jahren 1997 bis 1998 die Nachfrage das Angebot überstieg, hat sich im Jahr 2007 die Situation wieder verbessert. Erstmals wieder gab es ein ausgeglichenes Verhältnis von 6.645 Angeboten und 6.647 Nachfragen und damit ein Angebots-Nachfrage-Relation von 100%.

Auszubildende

- Von den 3.011 Auszubildenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2008 waren 53,1% bei Industrie und Handel, 36,1% im Handwerk, 1,8% in der Landwirtschaft, 1,3% im Öffentlichen Dienst und 7,7% bei freien Berufen eingestellt.
- Die geschlechtsspezifische Segmentierung des Ausbildungsmarktes hat sich in den letzten Jahren nicht entscheidend verändert. Trotz einer besseren Vorqualifikation im Vergleich zu männlichen Schulabgängern, waren 2008 auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg zwei Drittel der Auszubildenden männlich.

Hochschulausbildung

- 2008 lag die Studienberechtigungsquote bei 45,1%. Ausgehend von diesem Mittelwert lag die Studienberechtigungsquote in Hessen mit 47,9% an Rang 5.
- 2008 betrug die Studienanfängerquote in Deutschland 39,3%. Dabei lag die Quote der Frauen mit 39,9% über der der Männer mit 38,7%.
- Unter den 171.249 Studierenden im Wintersemester 2008/2009 in Hessen waren 80.583 weiblich. Das entspricht einem Anteil von 47,1%. Der Anteil der ausländischen Studierenden betrug 24.937 und damit 14,6%.
- Im Studienjahr 2008/2009 wurden in Hessen 32.974 Studierende neu immatrikuliert. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtzahl der neu Studierenden im Bundesgebiet von 8,3%. Gemessen am Studienort lag Hessen damit auf Rang 4.

Soziale Segregation

- Die soziale Segregation der Schüler/-innen zieht sich durch das gesamte deutsche Bildungssystem, von der Grundschule bis zur Universität. Während deutschlandweit im Jahr 2000 die Hälfte der Beamtenkinder ein Studium an einer Universität begann, waren es in der Gruppe der Arbeiterkinder lediglich 7%.

8 Wohnen

Wohnungsmarkt

- Der Wohnungsmarkt im Landkreis Darmstadt-Dieburg stellt sich sehr unterschiedlich dar. Während vor allem in den ländlichen Kommunen genügend Wohnraum zur Verfügung steht, ist die Wohnsituation in den Städten deutlich angespannter.

Mietniveau

- 2006 lag das Mietniveau im gesamten Kreisgebiet 6,5% über dem Bundesdurchschnitt und wurde damit der Mietstufe IV zugeordnet. Das höchste Mietniveau erreichte Weiterstadt mit einem Wert, der 15,3% über dem Kreisdurchschnitt lag.

Wohnfläche

- Rein statistisch gesehen standen den Kreisbewohner/-innen 2008 43,7m² Wohnfläche pro Person zur Verfügung. Ausgehend von diesem Durchschnittswert haben die Einwohner/-innen von Groß-Zimmern mit 38,5m² pro Person die geringste und die von Seeheim-Jugenheim mit 49,2m² pro Person die größte Wohnfläche zur Verfügung.

Sozialwohnungssuchende Haushalte

- Die Zahl der sozialwohnungssuchenden Haushalte ging von 1991 bis 2008 um 52,4% zurück. Waren 1991 noch 5.080 wohnungssuchende Haushalte für eine Sozialwohnung registriert, waren es 2008 nur noch 2.418.

Sozialwohnungsbedarf

- Der Sozialwohnungsbedarf ist in den Städten des Landkreises am größten. 2008 kamen 61,9% der Sozialwohnungssuchenden aus Griesheim, Groß-Umstadt, Pfungstadt und Weiterstadt. Den größten Bedarf an Sozialwohnungen hatten 2008 im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit einem Anteil von 32,2% ausländische Einwohner/-innen sowie Senioren/-innen (17,9%).

Wohngeld

- Im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde 2008 Wohngeld in Höhe von 1.563.000 Euro bzw. durchschnittlich 5,40 Euro je Einwohner/-in gezahlt. Im Kreisgebiet gab es zum Stichtag 31.12.2008 insgesamt 891 Wohngeldempfängerhaushalte. 2008 wurden im Kreisgebiet 2.631 Anträge auf Wohngeld gestellt. Davon wurden 32,2% der Anträge abgelehnt. Das Verhältnis zwischen Miet- und Lastenzuschuss betrug ca. 9 zu1.

Wohnungslose

- Über die Zahl der Wohnungslosen liegen nur Schätzungen vor. Die BAG Wohnungslosenhilfe geht bundesweit 2008 von 227.000 Wohnungslosen aus. Von 1995 bis 2008 kam es zu einem Rückgang der Wohnungslosenzahlen um 75,3%.
- Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg liegen keine Daten zu Wohnungs- oder Obdachlosen vor.

9 Gesundheitliche Lage

Gesundheitliche Lage

Lebenserwartung

- 2007 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Landkreis Darmstadt-Dieburg der Jungen 78,2 Jahren und der Mädchen bei 83,1 Jahren. Damit lag die Lebenserwartung der Neugeborenen im Kreisgebiet über dem bundesdeutschen und hessischen Mittelwert.

Morbidität

- Im Jahr 2008 nahmen die krankheitsbedingten Fehlzeiten der Beschäftigten gegenüber den Vorjahren erneut zu. Durchschnittlich 17 Tage waren die 9,7 Millionen bei der AOK versicherten Beschäftigten krank geschrieben.
- Krankheiten des Atmungssystems, Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und Krankheiten des Verdauungssystems waren die häufigsten Gründe für Krankschreibungen. 2007 entfielen knapp ein Viertel der Krankheitstage der AOK-Versicherten auf Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems. Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen sowie Krankheiten des Atmungssystems nahmen den zweiten Platz mit jeweils knapp einem Achtel der Krankheitstage ein.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen

Einflussgröße Alter

- Mit dem Alter nimmt die gesundheitliche Beeinträchtigung zu. 2005 gaben 13,7% der hessischen Bevölkerung an, krank oder unfallverletzt zu sein (MZ). Dabei lag der Anteil der jüngeren Bevölkerung von 25 bis 30 Jahren bei 9,9%, der von 55 bis 60 Jahren bei 22,1% und der Anteil der Älteren über 75 Jahren bei 27,2%.

Einflussgröße Bildung und Geschlecht

- Mit höherem Bildungsniveau treten Krankheiten oder gesundheitliche Beeinträchtigungen seltener auf. 50,4% der Frauen und 40,1% der Männer mit Volks- oder Hauptschulabschluss gaben an, von einer gesundheitlichen Störung betroffen zu sein, aber nur 37,0% der Frauen und 30,6% der Männer mit Abitur.
- Frauen haben einen höheren Anteil an Krankheiten oder Gesundheitsstörungen als Männer.

Einflussgröße Erwerbsstatus und Geschlecht

- Nichterwerbstätige sind häufiger krank als Erwerbstätige. 2005 waren von der hessischen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren 10,9% der Erwerbstätigen, 15,7% der Erwerbslosen und 12,7% der Nichterwerbspersonen krank oder unfallverletzt.
- Erwerbslose Frauen wiesen mit 17% den höchsten Krankenstand. Auch bei den Erwerbstätigen hatten Frauen 2005 mit 11,5% den höchsten Anteil an den Kranken und unfallverletzten.

Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung

- 2005 waren drei Viertel der Kranken und Unfallverletzten in Hessen in ambulanter Behandlung (MZ). Die höchsten Anteile stellten mit 75,4% die Erwerbstätigen, die geringsten mit 73,4% die Erwerbslosen. Bei den stationären Behandlungen waren es mit 14,7% die Nichterwerbspersonen. Trotz Krankheit oder Unfall nahmen 15,7% der Erwerbstätigen, 14,9% der Erwerbslosen und 11,2% der Nichterwerbspersonen keine ärztliche Behandlung in Anspruch.

Subjektive Gesundheit

Einflussgröße Ausbildung

- Personen mit einem hohen beruflichen Abschluss schätzen ihre gesundheitliche Situation besser ein als Personen mit niedrigeren Abschlüssen.
- 2006 beurteilten 90% Absolvent/-innen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss ihren Gesundheitszustand als gut oder zufriedenstellend ein, aber nur 80% der Personen mit mittlerem Bildungsabschluss und nur 78% Personen ohne Bildungsabschluss.

Einflussgröße Arbeitswelt

- Mit zunehmendem Berufstatus gaben mehr Frauen und Männer an, eine sehr gute Gesundheit zu haben.

Ressourcen der Gesundheitsversorgung

Krankenversicherung

- In Hessen waren 2007 über 86% der Bevölkerung gesetzlich und über 12% privat krankenversichert. Ca. 1% der Bürger/-innen wies keine Krankenversicherung auf bzw. verfügte über einen sonstigen Anspruch auf Krankenversorgung.

Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- 2009 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 163 Hausärzte/-ärztinnen, 144 Fachärzte/-ärztinnen und 48 Psychotherapeut/-innen tätig. Ein/e Hausarzt/-ärztin im Landkreis Darmstadt-Dieburg war für 1.771 Menschen zuständig. Ein/e Facharzt/-ärztin versorgte 2.004 Personen, ein Zahnarzt/-ärztin 1.804 und ein/e Psychotherapeut/-in 6.013.

Gesundheitsverhalten und Bildung

Rauchen

- In allen Altersgruppen fanden sich die meisten Raucher/-innen bei den Männern und Frauen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss. Mit zunehmendem Alter sanken die Anteile der rauchenden Bevölkerung in allen Bildungsschichten.

Körperliche Aktivitäten

- Der Anteil der sportlich Inaktiven nahm mit steigendem Schulbildungsstand ab. Je niedriger der erreichte schulische Abschluss lag, umso höher war der Anteil der Personen mit Übergewicht oder Adipositas.

Übergewicht und Geschlecht

- Über drei Viertel (76%) der Männer mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss waren 2003 übergewichtig. Bei Männern mit mittlerer Reife lag der Anteil bei 65,5% und bei Männern mit Abitur bei 60,8%.
- Der Anteil der übergewichtigen Frauen mit Hauptschulabschluss betrug 72,3%, mit mittlerem Abschluss 51,5% und mit Abitur 38,2%. Dabei war der Anteil der adipösen Frauen mit niedrigem Abschluss dreimal höher als bei den Frauen mit höchstem Schulabschluss.

Teilnahme an Krebsfrüherkennungsuntersuchungen

- 2003 nahmen mehr als 82% der Frauen, aber nur 62,2% der Männer an den Früherkennungsuntersuchungen teil. Männer mit niedrigem Bildungsabschluss nahmen am häufigsten und Männer mit mittlerer Reife am wenigsten teil. Dagegen nahmen Frauen mit mittlerem und höherem Schulabschluss häufiger eine Krebsfrüherkennungsuntersuchung in Anspruch als Frauen mit niedriger Schulbildung.

Gesundheit und Erwerbsstatus

Rauchen und berufliche Stellung

- 2005 rauchten 30,1% der Deutschen über 18 Jahren und 25,9% der Hessen. Dabei rauchten mehr Männer als Frauen. In Hessen rauchten 30,3% der Männer und 21,9% der Frauen.
- Fast die Hälfte der Erwerbslosen (48,9%), gut ein Drittel der Erwerbstätigen (34,6%) und mehr als ein Fünftel der Nichterwerbspersonen (22,4%) waren Raucher/-innen.
- Die höchsten Raucheranteile bei den Männern fanden sich in handwerklichen Berufen und bei Hilfsarbeitern und die wenigsten bei Akademikern. Bei den Frauen wiesen Gymnasiallehrerinnen den niedrigsten und Bedienungen sowie Stewardessen den höchsten Anteil an Raucherinnen auf.

Erkrankungen am Arbeitsplatz

- 2007 erreichte der Anteil der arbeitsunfähigen Kranken an allen Pflichtmitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen mit 3,22% den bisherigen Tiefstand.
- Die höchsten Ausfallzeiten kamen in den Branchen Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie der Metallherzeugung und -verarbeitung vor, die niedrigsten im Kreditgewerbe und der Datenverarbeitung.
- Zwei Drittel der Beschäftigten gaben an, dass sie trotz Erkrankung zur Arbeit gingen. Hier lag der Anteil der Frauen mit 64,4% deutlich über dem der Männer mit 58,9%. Als häufigste Gründe, trotz Krankheit den Arbeitsplatz aufzusuchen, wurden hohe Arbeitsbelastung (48,5%) und die Angst um den Arbeitsplatz (30,2%) genannt.

Gesundheitsversorgung und Einkommen

- Nach einer Auswertung des SOEP 2003 konsultierten 65% der Männer und 77% der Frauen in den letzten drei Monaten einen Arzt. Obwohl die ökonomisch schlechter gestellten Personen häufiger von Krankheiten betroffen waren, gingen sie seltener zum Arzt als besser gestellte.

- Verschiedene Untersuchungen belegen, dass Geldmangel eine Ursache für den nicht erfolgten, aber notwendigen Arztbesuch und die verschriebenen, aber nicht gekauften Medikamente darstellen.

Gesundheitsverhalten und Einkommen

Rauchen

- 2006 waren bundesweit die Anteile der Personen die im Alter zwischen 18 und 59 Jahren rauchten, mit einem niedrigen sozialen Status deutlich höher als die Anteile bei Personen mit einem hohen Sozialstatus.
- In Hessen war der Raucheranteil der Männer ohne Abitur bis zu 1,7-mal höher als in der Gruppe der Personen mit Abitur. Bei den Frauen war dieser Anteil etwas geringer (bis zu 1,6).

Alkoholkonsum

- Frauen mit einem hohen sozialen Status tranken am häufigsten Alkohol. 2006 konsumierten 30% der Frauen mit diesem Status täglich mehr als 10 Gramm Alkohol, während es nur 14% der Frauen mit mittlerem und 9% mit niedrigem Status waren.
- Bei den Männern konsumierten 32% mit niedrigem und 29% mit mittlerem Sozialstatus mehr als 20 Gramm Alkohol am Tag.

Körperliche Aktivitäten

- Männer und Frauen der Armutsrisikogruppe betrieben über alle Altersgruppen hinweg weniger Sport als die der anderen Einkommensgruppen.
- Mit dem Alter nimmt die sportliche Betätigung in allen Einkommensgruppen ab.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Einkommen

- 2006 (SOEP) gaben insgesamt 46,2% der Männer und 41,7% der Frauen in Deutschland an, durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung eingeschränkt zu sein. Dabei gaben Männer und Frauen mit der höchsten Einkommensposition am häufigsten an, eine schlechte Gesundheit und alltägliche Einschränkungen zu haben.

Gesundheitliche Situation von Arbeitslosen

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes

- In Hessen gaben 15,7% der Erwerbslosen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren an, krank oder unfallverletzt zu sein. Männer fühlten sich mit einem Anteil von 14,4% etwas weniger, Frauen mit einem Anteil von 17,1% etwas mehr gesundheitlich eingeschränkt.
- Arbeitslose, die über ein Jahr arbeitslos gemeldet waren, schätzten ihre gesundheitliche Situation schlechter als Kurzeitarbeitslose, Erwerbstätige und Hausfrauen ein.

Krankheit als Ursache für Arbeitslosigkeit

- Bundesweit gab jeder vierte arbeitslose und fast jeder dritte langzeitarbeitslose Mann an, dass eine Erkrankung mit ein Grund für die Arbeitslosigkeit sei. Frauen führten seltener eine gesundheitliche Einschränkung als Grund für Arbeitslosigkeit an.

Krankheiten und Beschwerden

- Die Krankenanteile nehmen sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zu. Am häufigsten litten Arbeitslose unter Schwindelattacken und chronischen Rückenschmerzen.

Gesundheitsverhalten von Arbeitslosen

- Männer mit einer Arbeitslosigkeit von über einem Jahr rauchten 2,7-mal häufiger als erwerbstätige Männer. Bei den Frauen zeigten sich nur geringe Unterschiede beim Rauchverhalten.
- Arbeitslose sind häufiger übergewichtig und adipös als Erwerbstätige.
- Über die Hälfte der arbeitslosen Männer betrieb gar keinen Sport, dagegen war dies nur ein Drittel der erwerbstätigen Männer. Bei den Frauen traten nur geringe Unterschiede auf. Die Hausfrauen waren sportlich am inaktivsten.

Mortalitätsrisiko

- Das Risiko der Sterblichkeit nimmt in Abhängigkeit von der vorausgegangenen Arbeitslosigkeit nimmt zu.
- Das Mortalitätsrisiko erhöhte sich um den Faktor 1,6 für Versicherte mit ein bis unter zwei Jahren Arbeitslosigkeit und für Versicherte mit zwei oder mehr Jahren Arbeitslosigkeit um den Faktor 3,4 im Vergleich zu den durchgängig Erwerbstätigen.

Gesundheit und soziale Lagen von Kindern und Jugendlichen

Kindervorsorgeuntersuchungen

- 2006 nahmen bundesweit 81% der Kinder, die zwischen 1990 und 1999 geboren worden, an den Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9 teil. Weitere 16% wurden teilweise untersucht und 3% wurden nie einem Arzt oder einer Ärztin zu einer Vorsorgeuntersuchung vorgestellt.
- Kinder von Eltern mit einem niedrigen Sozialstatus nahmen daran nur zu 72% teil. Bei jedem fünften Kind dieser Gruppe waren die Untersuchungen von U3 bis U9 nicht vollständig und 6% nahmen überhaupt keine Früherkennungsuntersuchungen in Anspruch.

Einschulungsuntersuchungen

- Schuleingangsuntersuchungen (SEU) sind eine Pflichtaufgabe der Gesundheitsämter. Dabei werden alle Kinder eines Jahrganges vor dem Schuleintritt durch Ärzte oder Ärztinnen des Gesundheitsamtes untersucht.
- Bei der SEU 2003 in Brandenburg wurde festgestellt, dass bei Kindern mit einem niedrigen sozialen Status häufiger gesundheitliche Beeinträchtigungen auftreten. Die einzige Ausnahme stellt der Befund „Neurodermitis“ dar. Dieser Befund tritt mit steigendem Sozialstatus häufiger auf.

Schuleingangsuntersuchung im Landkreis Darmstadt-Dieburg 2008

Untersuchte Kinder

- Im Jahr 2008 nahmen 3.073 Kinder aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg an der medizinischen Schuleingangsuntersuchung teil. Davon waren 1.633 Jungen (53,1%) und 1.440 Mädchen (46,9%).

Befunde vor und nach der SEU im Kreisgebiet:

- 53,1% der Kinder wurden ohne Vorerkrankungen, d.h. ohne bestätigte Vorerkrankungen (Befunde) vorgestellt. Bei 46,9% der Kinder bestanden im Vorfeld gesundheitliche Auffälligkeiten. Nach der SEU lag bei 61,2% der Kinder ein Befund vor. Nur knapp zwei Viertel der untersuchten Kinder zeigten keine Auffälligkeiten.

Befunde nach der SEU in den Kommunen des Kreisgebietes

- In Eppertshausen (58,6%) und Bickenbach (52,0%) wohnten die meisten Kinder, die nach der SEU 2008 keine Befunde aufwiesen. Dagegen zeigten sich bei Kindern aus Erzhausen (83,3%) und Weiterstadt (82,3%) prozentual die höchsten Befunde.

Häufigste Befunde

- Bei 20,6% der untersuchten Kinder lag eine Sprach-, bei 12,6% eine Koordinations-, bei 10,8% eine Seh- und bei 6,0% eine Verhaltensstörung vor. 5,5% der Kinder litten unter Adipositas und 4,7% unter Hauterkrankungen.
- Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass Jungen deutlich häufiger von Sprach-, Koordinations- sowie Verhaltensstörungen betroffen waren als Mädchen.

Entwicklung der Befunde

- Sprachstörungen bei Kindern haben seit 2005 deutlich zugenommen. Der Anteil stieg von 14,3% auf 20,6% und damit um 6,6%. Seit gegenüber den Vorjahren nahmen auch die Befunde, Koordinations-, Seh- und Hörstörungen, der bei der SEU untersuchten Kindern zu.

Schulempfehlung

- Im Jahr 2008 erhielten 2.716 Kinder die Schulempfehlung. Das entspricht einem Anteil von 88,4%. Im Vergleich zu 2005 hat dieser Anteil geringfügig (-1,2%) abgenommen. Wie bereits in den Vorjahren wurden mehr Mädchen (91,7%) als Jungen (85,4%) für schulfähig befunden.

Bezug von ALG II

- Für die Kinder mit Befunden (bereits in Behandlung oder Abklärungsbedarf) ergab sich im Kreisgebiet keine Korrelation mit den Sozialgeldempfängern/-innen unter 15 Jahren. Dies ist vermutlich dem Umstand geschuldet, dass im Landkreis Daten nicht kleinräumig, auf der Ebene der Orts- oder Stadtteile zur Verfügung stehen, sondern nur auf der Ebene der Kommunen.

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Schulalter in Hessen

Gesundheitsverhalten

Rauchen

- 2006 rauchte jede/r fünfte Jugendliche im Alter zwischen 11 und 17 Jahren. Die Mehrzahl der 11- bis 13-Jährigen griff nur gelegentlich zur Zigarette, während sich regelmäßige und starke Raucher/-innen zwischen 14 und 17 Jahren fanden. In dieser Altersgruppe rauchte jede/r fünfte Jugendliche täglich.
- Jugendliche Mädchen und Jungen mit niedrigem Sozialstatus rauchten dabei mehr als Jugendliche der Vergleichsgruppen mit einem mittleren oder hohen Sozialstatus.
- Dadurch hatten jugendliche Hauptschüler/-innen (Jungen 42% und Mädchen 46%) ein deutlich höheres Risiko zu rauchen als Gymnasiast/-innen (Jungen 18% und Mädchen 23%).
- Das Risiko zu rauchen erhöhte sich, wenn Eltern oder im Freundeskreis Raucher/-innen sind.
- Jugendliche ohne Migrationshintergrund rauchten öfter als Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund.

Alkoholkonsum

- Das Einstiegsalter für regelmäßigen Alkoholkonsum hat sich in den letzten 30 Jahren in Deutschland kontinuierlich verringert.
- Von 2004 bis 2007 erhöhte sich die durchschnittliche Menge des konsumierten Alkohols bei den 12- bis 17-Jährigen von 44,2 Gramm Reinalkohol auf 50,4 Gramm pro Woche. Schon 11- bis 13-Jährige trinken regelmäßig, d.h. mindest einmal pro Woche Alkohol.
- Mit zunehmendem Alter steigt der Alkoholkonsum. Im Alter von 16 bis 17 Jahren sind ca. 4% der Jugendlichen als alkoholabhängig einzustufen.

Mund- und Zahnhygiene

- In der HBSC-Studie von 2006 wurde festgestellt, dass Mädchen mit einem niedrigen Sozialstatus die Zahnpflege mehr als doppelt so oft vernachlässigen als Mädchen aus Familien mit einem höheren Sozialstatus (Jungen: 1,6 zu 1). Diese Unterschiede zeigten sich auch hinsichtlich der Schulform: Gymnasiast/-innen pflegten ihre Zähne besser als Haupt- oder Realschüler/-innen.

Körperliche Aktivitäten

- 2006 waren nach der KiGGS-Studie 75% der 3- bis 10-Jährigen mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv. 89,9% der Jungen und 78,5% der Mädchen zwischen 11 und 17 Jahren betrieben mindestens drei Mal wöchentlich Sport.
- Hier wurde auch festgestellt, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem niedrigen Sozialstatus sportlich eher inaktiv waren, als Kinder der Vergleichsgruppe mit hohem Sozialstatus. Kinder aus der mittleren sozialen Statusgruppe waren ebenfalls weniger sportlich aktiv als die Gleichaltrigen der hohen Sozialstatusgruppe.

- Auch der Migrationshintergrund wirkte sich negativ auf das sportliche Gesundheitsverhalten aus.

Ernährung

- Die KiGGS-Studie von 2006 belegte, dass in Familien mit niedrigem Sozialstatus kaum Vollkornprodukte und weniger frisches Obst und Gemüse verzehrt werden als in Familien mit höherem Sozialstatus.
- Zudem aßen Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien größere Mengen Fast Food, Limonaden, Weißbrote, Wurst- und Fleischwaren sowie zuckerreiche Lebensmittel.

Übergewicht

- Mit zunehmendem Lebensalter erhöht sich der Anteil der Übergewichtigen. Waren bei den 3- bis 6-Jährigen erst 9% übergewichtig, so waren es bei den 7- bis 10-Jährigen schon 15% und bei den 14- bis 17-Jährigen bereits 17%.
- Ein niedriger Sozialstatus erhöht das Risiko für Übergewicht. Dieser Zusammenhang ist bei Mädchen stärker ausgeprägt als bei Jungen. So lag 2006 der Anteil der 14- bis 17-jährigen Mädchen aus sozial benachteiligten Familien mit 15% dreimal höher als der von Gleichaltrigen aus Familien mit einem höheren sozialen Status.

Selbsteinschätzung der Gesundheit

- Im Rahmen der HBSC-Studie beschrieb jede/r dritte befragte Schüler/-in in Hessen (36,1%) seinen/ihren Gesundheitszustand als „ausgezeichnet“. Mehr als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen (51,6%) bezeichnete ihn als „gut“, 10,9% beurteilten ihren Gesundheitszustand als „einigermaßen“ und 1,4% als „schlecht“.
- Mädchen beurteilten ihren gesundheitlichen Zustand schlechter als Jungen. Nur ein Drittel der befragten Mädchen (37,6%) sagte aus, einen ausgezeichneten Gesundheitszustand zu haben. Gleiches wurde von fast zwei Drittel der Jungen (62,4%) ausgesagt.
- Das Einstiegsalter für die erste Zigarette lag nach eigenen Angaben der Kinder und Jugendlichen bei 12 Jahren und das für Alkohol bei 13 Jahren.
- 26% der Jungen und 29% der Mädchen gaben an, an normalen Schultagen nie zu frühstücken. Hier lag der Anteil der Hauptschüler/-innen mit 36% weit über dem der Realschüler/-innen (29%) und der Gymnasiast/-innen (20%).
- 13% der Kinder gaben an, manchmal oder schon öfter hungrig zur Schule oder ins Bett gegangen zu sein, weil keine Lebensmittel zu Hause vorhanden waren.
- Von den befragten Schüler/-innen fanden 44% ihr Gewicht genau richtig, 34% hielten sich für ein wenig und 7% für viel zu dick. Auffällig dabei war, dass Mädchen deutlich weniger mit ihrem Gewicht zufrieden waren als Jungen, obwohl Jungen deutlich übergewichtiger waren als Mädchen.
- Gegenüber der Befragung von 2002 ist 2006 der tägliche Verzehr von Obst, Gemüse und Salat deutlich gesunken. Mädchen ernährten sich deutlich gesünder als Jungen. Während Mädchen zu 42% täglich Obst und zu 32% Salat und Gemüse zu sich nahmen, waren dies nur 27% bzw. 19% der Jungen.

Soziale Verhältnisse

- Armut misst sich nicht allein an der Einkommensarmut einer Familie, sondern zeigt sich auch in Unterversorgungslagen anderer Lebensbereiche wie der Gesundheit. Hier gibt es einen Wirkungszusammenhang, der besonders problematisch ist für Kinder und Jugendliche aus Familien, in denen sich viele Risikofaktoren häufen.
- 13% der Kinder und Jugendlichen aus einem wohlhabenden Elternhaus pflegten ihre Zähne selten bis nie. In der Armutvergleichsgruppe sind es mit 27% mehr als doppelt so viele.
- Auch bei der körperlichen Betätigung fanden sich Differenzen zwischen den sozialen Lebenslagen. Nur jede/r siebente Befragte (14%) aus einer gut situierten Familie betrieb keinen oder nur einmal pro Woche Sport. Dagegen traf das auf mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche aus ärmlichen Verhältnissen (29%) zu.
- Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem Armutsrisiko sahen an Schultagen häufiger (26%) länger als fünf Stunden fern als die der Vergleichsgruppe mit einer Lebenssituation im Wohlstand (15%).
- Ähnliches fand sich beim Rauchverhalten. Während 23% der Kinder und Jugendlichen aus armen Familien täglich bzw. wöchentlich rauchten, waren es nur 13% der Kinder und Jugendlichen aus Wohlstandsfamilien.
- Immerhin 23% der befragten Schüler/-innen aus der Armutgruppe verzehrten Obst oder Gemüse nie oder nur einmal pro Woche. Bei Schüler/-innen aus Wohlstandsfamilien betrug dieser Anteil nur 14%.

Resümee

Der im Auftrag des Kreistages erstellte 1. Bericht zur Sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg gibt einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen Lebenslagen und Lebenssituationen der Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Er weist nach, dass im Landkreis Darmstadt-Dieburg sehr wohl Armut anzutreffen ist, Armut in unterschiedlichen Ausprägungen. Er weist nach, dass auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg sich den Problemen des demografischen Wandels stellen muss. Und er weist nach, dass es innerhalb der Bevölkerung des Landkreises soziale Unterschiede gibt, dass sich in ihm, obwohl in einer boomenden Wirtschaftsregion gelegen, sehr wohl eine beträchtliche Anzahl von Familien und Kindern befinden, die vom gesellschaftlichen Wohlstand nur bedingt partizipieren. Es gibt gravierende Unterschiede im Bildungsstand von Schülerinnen und Schülern. Der Bericht spricht die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund an und stellt fest, dass die soziale Segregation von Schülerinnen und Schülern sich auch durch das Bildungssystem im Landkreis Darmstadt-Dieburg zieht.

Faktisch wird in allen untersuchten Bereichen deutlich, dass auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg eine Polarisierung entlang der klassischen Linien sozialer Ungleichheit, „arm“ und „reich“ mit entsprechenden unterschiedlichen Kindheiten und Lebenssituationen im Alter bestehen. Diese Polarisierung bildet sich auch räumlich ab. Bei genauerem Hinsehen ist in verschiedenen Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg festzustellen, dass sich soziale Probleme in bestimmten überschaubaren Sozialräumen ballen und häufig ausgelöst sind durch die Konzentration von sozial schwachen Familien deutscher und nicht-deutscher Herkunft, durch die Abnahme von Bildungschancen und einem über dem Durchschnitt liegenden Grad von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Armut. Diese Familien in den bezeichneten Sozialräumen bedürfen der sozial-politischen Aufmerksamkeit. Gerade in diesen Gebieten sind deshalb auch besonders leistungsfähige Angebote zu schaffen und Unterstützungsleistungen notwendig.

Vor dem Hintergrund, dass Familie allgemein auch weiterhin als zentrale, aber nicht mehr als ausreichende Sozialisationsinstanz, wahrgenommen werden kann und dass sozialraum-spezifische Einflüsse unerwünschte Ungleichheiten in Bildungs- und damit auch späteren Lebenschancen nach sich ziehen, sollte hierbei darauf geachtet werden, dass nicht einseitig, z.B. Angebote der Kindertagesbetreuung in einem Sozialraum ausgebaut werden, dabei gleichzeitig aber wichtige Unterstützungsleistungen für sozial schwache Familien vernachlässigt werden.

Leitgedanke notwendiger Intervention könnte es vor diesem Hintergrund sein durch eine praktische ausgleichende Sozialpolitik diese, die verschiedenen Bevölkerungsschichten trennende Faktoren, zu minimieren. Es wäre daher sicherlich ein lohnender Ansatz für kommunale Sozialpolitik, künftig Schwerpunkte infrastruktureller Intervention gezielt auf bestimmt, zu benennende Sozialräume zu legen.

Zu benennen und zu definieren sind somit konkrete Handlungsfelder. Daneben sind Strukturen zu schaffen, welche es ermöglichen gewonnene Erkenntnisse aus dem Bericht in guter Weise umzusetzen. Es wird insbesondere darum gehen, Anforderungen an kommunale Familienpolitik zu formulieren und hierbei die örtliche Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die sich sehr unterschiedlich darstellt, zu berücksichtigen. Kommunale Familienpolitik bedarf daher Sozialraum bezogen sehr spezifischer Konturen.

Hieraus folgt, dass ein Landkreis die kreisangehörigen Städte und Gemeinden intensiv an dem Gesamt-Planungsprozess beteiligten muss. Es gilt, eine verlässliche und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in den einzelnen Kommunen bereitzustellen und darüber hinaus die Situation von Familien in besonderen Lebenslagen in vorzunehmenden Bedarfsplanungen angemessen zu berücksichtigen. Die Zuständigkeit der Kommunen für die Erfüllung dieses Auftrages leitet sich, wie auch bereits in der Einleitung erwähnt wurde, aus

Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) ab, der die verfassungsrechtliche garantierte Allzuständigkeit der Gemeinden, Städte und Kreise für die Daseinsvorsorge beschreibt.

Die praktische Umsetzung solcher Planungen erfordert daher Kooperation und Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen. Kommunale Sozialpolitik kann nur dann erfolgreich verlaufen, wenn es gelingt lokale Politiknetzwerke zu schaffen, die sich zu den Fragen der kommunalen Sozialpolitik „vor Ort“ auch selbst koordinieren.

Es ist weiter erforderlich Netzwerke als eher vertikale Form der Zusammenarbeit zwischen der steuernden Kommune, dem Landkreis mit seinen unterschiedlichen Einrichtungen und Diensten und Sozialen Diensten bzw. Trägern zu schaffen, die auf der operativen Ebene zu vereinbarenden Dienstleistungen im Sozialraum konzentriert erbringen.

Die normative Verantwortung für die initiierten Prozesse muss in diesem Zusammenhang bei den politischen Gremien liegen, welche einen programmatischen Orientierungsrahmen und konkrete Zielsetzungen formulieren.

Zur Umsetzung der Erkenntnisse des Berichtes zur Sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist es daher erforderlich, strategische Partnerschaften zwischen Landkreis, kreisangehörigen Kommunen und, als weiteren wichtigen Partnern, Repräsentanten örtlicher Religionsgemeinschaften, von Vereinen und Verbänden einzugehen.

Was brauchen die in einem Stadtteil lebenden Familien mit und ohne Migrationshintergrund? Welche sozialen Infrastrukturen, welche Hilfs- und Pflegeleistungen benötigt die immer größer werdende Gruppe älterer Menschen? Wie kann die Selbstorganisation älterer Menschen gestärkt werden? Letztendlich sind viele Fragestellungen möglich und zuzulassen. Sozialraumbezogene Antworten auf solche Fragen zu finden und gewonnene Erkenntnisse hierbei auch auf andere Sozialräume zu übertragen, sind letztendlich die großen Herausforderungen für eine kommunale Sozialpolitik.

Es bietet sich somit an, Indikatoren für sozialräumliche Belastungen ‚vor Ort‘ zu definieren, alsdann Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik konkret zu benennen und Planungsaufträge, auf Stadtteilebenen herabgebrochen, zu erteilen. Es können so wirkungsvolle Interventionsstrategien entwickelt werden, welche das Ziel haben die gegebene Infrastruktur in diesem überschaubaren Sozialraum zu verbessern. Sozialpolitik muss möglichst konkret, nah an den Menschen und bedarfsorientiert entwickelt werden.

Sicherzustellen in den vor Ort zu initiierten Planungsprozessen ist, wie bereits erwähnt, eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Menschen des Sozialraums. Hierdurch wird es möglich

- die Qualität und Akzeptanz von Ergebnissen der Planung zu erhöhen
- politische Konflikte zu vermeiden bzw. zu entschärfen
- die (Um-) Gestaltung eines Orts-/ Stadtteils kann familiengerecht und generationsübergreifend erfolgen
- Selbsthilfepotentiale können erschlossen werden
- die Verbundenheit und Identifikation mit dem Lebensraum wird gestärkt
- das demografische Handeln von Bürgerinnen und Bürgern wird durch entsprechende Partizipationsverfahren gefördert.

Ohne die Unterstützung der Fachkräfte des Kreises im Bereich der strategischen Planung/ Sozialplanung wird es vermutlich nur wenigen Kommunen möglich sein, diese Prozesse zu

initiiert und erfolgreich zu beenden. Eine Bündelung der personellen und sächlichen Ressourcen des Landkreises im Planungs- und Steuerungsbereich ist erforderlich, um entsprechende Unterstützungsleistungen erbringen zu können. Die Basis für die konkrete Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung können zu schließende Kooperationsvereinbarungen darstellen.

Jede Kommune des Landkreises ist anders und hat ihre eigenen Bedingungen. Von daher sind die Handlungsbedarfe einer auf den Sozialraum bezogenen kommunalen Sozialpolitik auch höchst unterschiedlich. Ein Ansatz, der davon ausgeht, dass es gelingen kann, differenzierte sozialpolitische Handlungsempfehlungen für den gesamten Landkreis Darmstadt-Dieburg zu entwickeln, wäre daher von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Diese können vielmehr auf überschaubare Sozialräume bezogen und im Zusammenwirken aller auf diesem Feld tätigen Akteure entwickelt werden. Sie können hierdurch auch die Grundlage für weitergehende Planungen, Initiativen und Maßnahmen kommunaler Sozialpolitik an anderen Orten bilden.